

## Präsenz der Abwesenheit: Gewaltames Verschwindenlassen und die Liminalität von *Transitional Justice* in Mexiko

*Gewaltames Verschwindenlassen ist eine in zahlreichen Staaten durchgeführte Methode staatsterroristischer Praxis. Die sozialen Auswirkungen der geheimen Verschleppung von Menschen zeigen sich insbesondere in der für die Angehörigen der Verschwundenen problematischen Ungewissheit über den Verbleib der willkürlich Verhafteten. Der Beitrag beschäftigt sich mit diesem Verbrechen gegen die Menschlichkeit anhand empirischer Forschung zum »Schmutzigen Krieg« der 1960er und 1970er Jahre in Mexiko und fragt nach den Bedingungen eines potenziell gelingenden Transitional-Justice-Prozesses aus der Perspektive der Opfer. Es soll gezeigt werden, wie die Liminalität der Angehörigen der Verschwundenen mit dem Transitional-Justice-Prozess in Verbindung gesetzt werden kann. Dabei wird argumentiert, dass sich in diesen Aufarbeitungsprozessen aus der Perspektive der Angehörigen Konflikte entwickeln, die sich aus den Aneignungen globaler Normen in lokalen machtpolitischen Kontexten ergeben und so Transitional Frictions (Hinton 2010) verursachen, welche die Liminalität von Transitional Justice charakterisieren. Zudem trägt gewaltames Verschwindenlassen im aktuellen »Krieg gegen Drogen« zur Fortführung der Liminalität von Transitional Justice in Mexiko bei.*

**Keywords:** Mexiko, »Schmutziger Krieg«, *Transitional Justice*, gewaltames Verschwindenlassen, »Drogenkrieg«

### 1. Einleitung

»Im September 1974, es war frühmorgens, kamen Soldaten in das Dorf. Sie befahlen, dass wir uns alle am Dorfplatz versammeln sollten. Sie hatten Namenslisten dabei. Kurz davor waren wir aus unserem Dorf geflüchtet, das weiter oben in den Bergen liegt, weil das Militär uns aus der Luft bombardierte. Und dann kamen die Soldaten auch hierher. Mein Sohn stand auf dieser Namensliste, ich weiß nicht warum. Sie nahmen ihn einfach mit, gemeinsam mit anderen Männern aus dem Dorf. Überall habe ich ihn seither gesucht, aber bis heute keine Antwort über seinen Verbleib erhalten. Meinem Enkel haben sie

den Vater genommen und mir meinen Sohn« (Interview der Autorin mit Romana Bello, Mutter eines Verschwundenen, 20.8.2010, Atoyac/Mexiko).<sup>1</sup>

Dieser Fall der Verschleppung eines politischen Oppositionellen durch staatliche Akteure in Mexiko und die darauffolgende Geheimhaltung seines Verbleibs ist paradigmatisch für viele Fälle des gewaltsamen Verschwindenlassens von Menschen. Die Arbeitsgruppe über gewaltsames und unfreiwilliges Verschwindenlassen der Vereinten Nationen (VN) registrierte im Jahr 2014 in 88 Staaten 43.250 derartiger Fälle (OHCHR 2014). Wie viele verschleppte und verschwundene Menschen es weltweit tatsächlich gibt, ist unklar, hat doch die Dunkelziffer auch mit dem Charakteristikum dieser Praxis zu tun: Die Geheimhaltung und Unsichtbarkeit der Tat und die Straflosigkeit der TäterInnen. Der folgende Beitrag<sup>2</sup> wirft einen Blick auf die Praxis des Verschwindenlassens und die Aufarbeitung dieses Verbrechens anhand des Fallbeispiels des »Schmutzigen Krieges« in Mexiko (1968-1982).<sup>3</sup> Ich gehe dabei Fragen nach, die einerseits auf einer lokalen Ebene und andererseits auf einer nationalen und transnationalen Ebene angesiedelt sind: Wie entwickelte sich der »Schmutzige Krieg« in Mexiko? Welche Auswirkungen hat das Verschwindenlassen von Menschen auf deren soziales Umfeld? Welche Praktiken und Diskurse bilden Opfer nach der Verschleppung von Familienangehörigen heraus? Wie

- 1 Es handelt sich um ein Interview der Autorin, mit eigener Übersetzung aus dem Spanischen. Der Beitrag basiert auf empirischer Forschung einer *multi-sited ethnography* in Mexiko. Diese umfasste die Aufzeichnung von 43 *testimonios* in zwölf Dörfern des Bezirkes Atoyac de Alvarez (Bundesstaat Guerrero) – mit Angehörigen von Verschwundenen, Folteropfern, ehemaligen Angehörigen wie auch SympathisantInnen der Guerillabewegung *Partei der Armen* –, teilnehmende Beobachtungen bei Treffen und Protestveranstaltungen von Angehörigen in Atoyac und Mexiko-Stadt, Experteninterviews sowie Archiv- und Dokumentenanalysen.
- 2 Ich danke den anonymen GutachterInnen der Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung für die wertvollen und konstruktiven Kommentare zu früheren Versionen dieses Artikels.
- 3 Der Anfang und das Ende des »Schmutzigen Krieges« variieren je nach Perspektive. So wurde der offizielle Zeitraum, der die drei Präsidentschaftsperioden von Gustavo Díaz Ordaz, Luis Echeverría und López Portillo der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) umfasst und die Zeit der größten Repression gegenüber politischen GegnerInnen beschreibt, von der staatlichen Untersuchungskommission *La Fiscalía Especial para Movimientos Sociales y Políticos del Pasado* (FEMOSPP) auf 1968-1982 gelegt. Das Massaker von Tlatelolco im Jahr 1968 wurde als historischer Beginn des »Schmutzigen Krieges« definiert. Es gab jedoch auch schon vor 1968 politische Repression in einzelnen Regionen Mexikos. Auch das Ende des Krieges ist für viele nicht auf das Jahr 1982 zu legen, ist doch eine Kontinuität staatlicher Repression gegenüber vielen politischen Oppositionsbewegungen auch nach diesem Jahr festzustellen (vgl. Castellanos 2007; Montemayor 2010). Zudem erstreckte sich die Regierungszeit der PRI auf 71 Jahre, von 1929 bis 2000, in denen zahlreiche Menschenrechtsverletzungen registriert wurden, welche seit dem Jahr 2012, in dem die PRI wieder an die Macht kam, fortbestehen. Die zwölfjährige *Transitions*-Regierung der Partei der Nationalen Aktion (PAN) von 2000-2012 übte ebenso Repression gegen viele politische Oppositionelle aus (vgl. Barrera Hernández/Sarmiento 2006; Montemayor 2010).

konstituierte sich der *Transitional-Justice*-Prozess in Mexiko? Was sind die Bedingungen eines potenziell gelingenden *Transitional-Justice*-Prozesses aus der Perspektive der Opfer? Und wie kann die *Liminalität der Angehörigen* der Verschwundenen mit dem *Transitional-Justice*-Prozess in Verbindung gesetzt werden?

Für diese Ethnographie der politischen Gewalt habe ich vor allem mit den Opfern – den Angehörigen von Verschwundenen, den zurückgekehrten kurzfristig Verschwundenen und den Folteropfern – gearbeitet und deren Erfahrungen, Perspektiven, politische Praktiken und Forderungen beleuchtet. Dieser ethnographische Zugang zu politischer Gewalt zeigt die lokale Erfahrungswelt der Betroffenen, beschränkt die Analyse jedoch nicht auf die lokale Mikroebene eines Dorfes oder einer Region, sondern verknüpft nationale und globale historische und politische Prozesse mit der lokalen Mikroebene. Die Forschung zu diesem Thema ist also auch eine Ethnographie globaler Verbindungen (vgl. Tsing 2005). So wird deutlich, wie der globale Konflikt des Kalten Krieges und die Doktrinen der nationalen Sicherheit Auswirkungen auf Menschen in lokalen Kontexten, wie etwa der zu Beginn erwähnten Kleinbäuerin Romana Bello, haben.

Es sollen zwei Argumente zur Diskussion gestellt werden, die aus der empirischen Forschung in Mexiko entwickelt wurden:

1.) Es lässt sich eine Verbindung zwischen der Praxis des Verschwindenlassens, der Ritualtheorie von Übergangsriten und *Transitional-Justice*<sup>4</sup>-Prozessen herstellen. Aus den zahlreichen Definitionen von *Transitional Justice* folgt dieser Beitrag dem Ansatz von Rosalind Shaw und Lars Waldorf, die davon ausgehen, dass globale Normen und Mechanismen der Aufarbeitung von Massengewalt stets an lokale Perspektiven von Gerechtigkeit angepasst und auch dahingehend analysiert werden müssen, wie globale Diskurse und Instrumente in lokalen Räumen transformiert werden (vgl. Shaw/Waldorf 2010). Ausgehend von der Perspektive der Angehörigen von Verschwundenen und unter Anwendung eines ritualtheoretischen Ansatzes wird gefragt, wie eine Verbindung der *Liminalität der Angehörigen* von Verschwundenen mit dem *Transitional-Justice*-Prozess hergestellt werden kann. Diese Verbindung soll gezogen werden, um zu zeigen, dass die Wahrnehmung der Opfer Aufschluss über einen potenziellen Erfolg implementierter *Transitional-Justice*-Mechanismen oder ein Scheitern des *Transitional-Justice*-Prozesses geben kann.

Hier soll der ritualtheoretische Ansatz der Übergangsriten (*rites de passages*) von Arnold van Gennep (1909) und Victor Turner (1967; 1969) – das Drei-Phasen-

4 Für eine Diskussion zu Entwicklung, Konzepten, Theorien und Fallbeispielen von *Transitional Justice* siehe Teitel (2003); Orentlicher (2007); Shaw/Waldorf (2010); Buckley-Zistel et al. (2014); Oettler (2014).

Modell der Separation, Liminalität und Integration – genutzt werden, um diese Verbindung zu zeigen. Den Schwellenzustand der Liminalität in Übergangsriten definiert Victor Turner als den Zustand eines *Betwixt and Between*, eines ambivalenten Dazwischen, in dem Menschen den vorherigen sozialen Status verlieren und noch keinen neuen sozialen Status erlangt haben (vgl. Turner 1967). *Transitional Justice* als globales Instrumentarium mit dem Anspruch einer friedvollen Neuordnung einer Gesellschaft – des Strebens nach einem neuen sozialen und politischen Status – nach einem gewaltvollen Konflikt kann demnach mit Übergangsriten betrachtet werden. Im Unterschied zu den Übergangsriten bei Turner und van Gennep, die stets zu einem erfolgreichen Abschluss kommen, liegt der Fokus beim Verschwindenlassen und bei *Transitional-Justice*-Prozessen auf der *liminalen Phase*, die aus verschiedenen Gründen in keine abschließende integrative Phase übergeht. Die Verbindung zwischen Verschwindenlassen und *Transitional Justice* wird im Folgenden daher als der Versuch eines Übergangsrituals gedacht.

2.) Ich argumentiere, dass sich in diesen Aufarbeitungsprozessen aus der Perspektive der Opfer *Transitional Frictions* (Hinton 2010) entwickeln, die aus der vieldiskutierten Diskrepanz zwischen globalen Normen von *Transitional Justice* und den lokalen Aneignungen in machtpolitischen Kontexten entstehen. Alexander Laban Hinton folgend ist die Verbindung zwischen Gerechtigkeit und Lokalität meist eine der Friktionen. Friktionen entstehen aus »the dynamic intersection of a varying combination of local, regional, national, transnational, and global processes in particular contexts« (Hinton 2010: 2). Die *Liminalität von Transitional Justice* zeichnet sich durch diese Friktionen, Krisen und Konflikte in *Transitional-Justice*-Prozessen aus, die eine den lokalen Bedürfnissen entsprechende friedvolle Neuordnung der Gesellschaft behindern. *Transitional Frictions*, so meine These, können zu einer symbolischen Re-Dehumanisierung der Angehörigen führen.

Angehörige von Verschwundenen spielen weltweit eine zentrale Rolle in vielen *Transitional-Justice*-Prozessen, wenn es um die Einforderung von Wahrheit, Gerechtigkeit, Erinnerung und Wiedergutmachung geht. Ist es doch ihr Kampf um Rehumanisierung (Karl 2014), der Dehumanisierungsprozesse durch politische Praxis symbolisch rückgängig machen soll. Während viele der zuvor genannten Arbeiten, die sich mit Verschwundenen in unterschiedlichen staatlichen Kontexten beschäftigen, vor allem die öffentlich sichtbaren Angehörigen von Verschwundenen beschreiben und ein relativ homogenes Opferbild zeichnen, möchte der folgende Beitrag auch die Heterogenität der Angehörigen von Verschwundenen betonen. Das Fallbeispiel Mexiko soll zudem zeigen, dass es Kontinuitäten staatsterroristischer Praktiken des »Schmutzigen Krieges« der 1960er und 1970er Jahre im aktuellen Konflikt des »Krieges gegen Drogen« gibt, die sich in einem verstärkten Auf-

treten von Fällen des gewaltsamen Verschwindenlassens durch staatliche Akteure zeigen. Bevor diese Argumente näher diskutiert werden, sollen zunächst einige allgemeine Aspekte zum Verbrechen des gewaltsamen Verschwindenlassens genannt werden.

## 2. Gewaltsames Verschwindenlassen als staatsterroristische Praxis

Die staatsterroristische Praxis des Verschwindenlassens, die laut Definition der VN-Konvention gegen Verschwindenlassen<sup>5</sup> immer in Beteiligung oder unter Duldung staatlicher Akteure durchgeführt wird, zeigt ein Charakteristikum des Missbrauchs staatlicher Macht: Illegitime Gewalt und der Ausnahmezustand werden zu legitimen Mitteln staatlicher Gewalt, um Menschen zu kontrollieren. Der Einsatz staatsterroristischer Methoden, wie Folter, willkürliche Verhaftungen, extralegale Hinrichtungen oder das Verschwindenlassen, ist politische Gewalt an Oppositionellen, die auch Angst und Terror in deren sozialem Umfeld schürt. Politische Oppositionelle werden im öffentlichen Diskurs zu legitim Verfolgbaren konstruiert, einhergehend mit weitgehender Straflosigkeit für die TäterInnen. Die »politische Hexenjagd« (Bergesen 2008 [1984]) gegen Andersdenkende und -handelnde ist so in vielen Staaten zentrales politisches Ritual für den Erhalt staatlicher Macht und des staatlichen Gewaltmonopols (vgl. Sluka 2000). Politische Rituale können nach Marc Abélès definiert werden als all jene Praktiken und Diskurse staatlicher Akteure, die der Konstruktion, Sicherung und Legitimierung von Macht dienen (Abélès 1988).

Die zu Beginn erwähnten Zahlen von Verschwundenen und die Verbreitungsgebiete dieser Praxis zeigen, dass dieses Verbrechen keineswegs nur in der Vergangenheit ausgeführt wurde und sich auch nicht auf die bekannteren Fälle aus lateinamerikanischen Militärdiktaturen beschränkt. Seit Beginn der systematischen Anwendung dieser Methode, die mit dem nationalsozialistischen Nacht-und-Nebel-Erlass von 1941 (vgl. Gruchmann 1981; Konieczny 1993) einen Anfang nahm und durch darauffolgende transnationale Militärkooperationen in unterschiedlichen regionalen Kontexten eingesetzt wurde, ist Verschwindenlassen eine Praxis

5 Laut dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen der Vereinten Nationen von 2006 ist die Definition von Verschwindenlassen: »Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet ›Verschwindenlassen‹ die Festnahme, den Entzug der Freiheit, die Entführung oder jede andere Form der Freiheitsberaubung durch Bedienstete des Staates oder durch Personen oder Personengruppen, die mit Ermächtigung, Unterstützung oder Duldung des Staates handeln, gefolgt von der Weigerung, diese Freiheitsberaubung anzuerkennen, oder der Verschleierung des Schicksals oder des Verbleibs der verschwundenen Person, wodurch sie dem Schutz des Gesetzes entzogen wird« (Art. 2). Für die Entwicklungsgeschichte der VN-Konvention gegen das Verschwindenlassen siehe Scovazzi/Citroni (2007).

staatlicher und parastaatlicher Akteure, die schwerwiegende Auswirkungen besonders auf die Familienangehörigen hat (vgl. Scovazzi/Citroni 2010; Robben 2005; McCrory 2007). Die Folgen zeigen sich vor allem in einer Ungewissheit darüber, ob der/die verschwundene Verwandte tot oder lebendig ist. Die Auswirkungen auf das soziale Umfeld der Verschleppten erhielt auch Einzug in die völkerrechtliche Definition von Opfern in der VN-Konvention gegen das erzwungene Verschwindenlassen von Personen (2006), in der festgelegt wurde, dass die Kategorie »Opfer« nicht nur die Betroffenen selbst umfasst, sondern auch alle Angehörigen oder andere dadurch geschädigte Personen.<sup>6</sup>

Die Angehörigen sind es auch, die maßgeblich für die Sichtbarmachung dieser Praxis verantwortlich sind. So etwa, indem sie bei internationalen Organisationen wie der zuvor genannten VN-Arbeitsgruppe Fälle von Verschwundenen einreichen, die Proteste in den jeweiligen lokalen Kontexten, aber auch auf transnationaler Ebene durchführen, und so die staatliche Logik der Verheimlichung jedweder Informationen über die Verschleppung durchbrechen. Eine Aussage einer mexikanischen Angehörigen weist auf die Bedeutung dieser politischen Praxis hin, wenn sie vermutet: »Wenn es keine Organisation wie die unsrige geben würde, wer weiß, vielleicht wüsste dann niemand etwas über die Verschwundenen!« (Doña Angelica 2009).<sup>7</sup> Die Rechtsanwältin Luisa Pérez vom VN-Hochkommissariat für Menschenrechte in Mexiko-Stadt betont ebenso die Bedeutung der Angehörigen: »Ohne Angehörige keine Verschwundenen«.<sup>8</sup> Obgleich diese Aussagen für den mexikanischen Kontext getätigt wurden, wird bei einer Analyse der wissenschaftlichen Forschung zum Thema des gewaltsamen Verschwindenlassens deutlich, dass es in allen regionalen Kontexten zuallererst die Angehörigen sind, welche die Öffentlichkeit auf die Existenz dieses Verbrechens aufmerksam machen. Dies wird beispielsweise in Forschungen zu Verschwundenen in Marokko (vgl. Slyomovics 2003), Zypern (Kovras/Loizides 2009; Sant Cassia 2007), Nepal (Robins 2011), der Türkei und Tschechien (Chevalier-Watts 2010) oder im lateinamerikanischen Kontext (Rozema 2011; Robben 2005; Gómez-Barris 2009; Afflito/Jesilow 2007) deutlich.

Im Folgenden wird der historische und politische Kontext des »Schmutzigen Krieges« in Mexiko skizziert, der den Rahmen für die Praxis des Verschwindenlassens bildete. Zur Klärung der Begrifflichkeiten muss angemerkt werden, dass der Terminus »Schmutziger Krieg« in Mexiko nicht nur für die Gewalt der Vergan-

6 VN-Konvention gegen das erzwungene Verschwindenlassen von Personen: »Im Sinne dieses Übereinkommens bezeichnet »Opfer« die verschwundene Person sowie jede natürliche Person, die als unmittelbare Folge eines Verschwindenlassens geschädigt worden ist« (Art. 24, 1).

7 Interview der Autorin mit Doña Angelica, 15.9.2009, Mexiko-Stadt.

8 Gespräch der Autorin mit Luisa Pérez, 29.8.2009, Mexiko-Stadt.

genheit angewandt, sondern seit 2006 zunehmend auch im Kontext politischer Kampagnen verwendet wird. Der Terminus »Schmutziger Krieg« dient dabei oft zur Diffamierung politischer GegnerInnen. In Mexiko lehnen zudem einige Angehörige von Verschwundenen und verschiedene ForscherInnen den Begriff »Schmutziger Krieg« zur Bezeichnung des Konfliktes der Vergangenheit ab, da dieser eine Auseinandersetzung zwischen zwei bewaffneten Kriegsparteien suggeriere und staatsterroristische Praktiken verschleierte. Vielmehr fordern diese KritikerInnen, dass der Terminus »Staatsterrorismus« verwendet werden sollte, wenn von diesem Konflikt die Rede ist (vgl. Rangel Lozano 2011). Im Kontext dieses Beitrages soll der Begriff dennoch beibehalten werden, da »Schmutziger Krieg« die verbreitetste Bezeichnung sowohl von Angehörigen der Verschwundenen als auch von Menschenrechtsorganisationen ist. Ich spreche von »Schmutzigem Krieg« wenn es nicht nur einzelne Fälle des Verschwindenlassens von Menschen durch staatliche Instanzen gibt, sondern es sich um den systematischen Einsatz staatsterroristischer Methoden, wie Folter, willkürliche Verhaftungen, extralegale Hinrichtungen und gewaltsames Verschwindenlassen, gegen politische Oppositionsbewegungen in den 1960er und 1970er Jahren handelt.

### 3. Verschwindenlassen im »Schmutzigen Krieg« Mexikos

Das eingangs erwähnte Zitat von Romana Bello, einer mestizischen Kleinbäuerin aus einem Dorf in den Bergen von Atoyac des Bundesstaates Guerrero im südlichen Mexiko, ist ein Fragment einer Erzählung aus dem Jahr 2010. Im Beisein ihres Enkels, dem Sohn des entführten Mannes, erzählte sie die sozialen und politischen Entwicklungen, die zur Verschleppung ihres Sohnes durch das Militär führten. Diese Art der Narrative sind geprägt von einem Davor und Danach, von einem Bruch zwischen einer, zwar von sozialen Konflikten und struktureller Gewalt geprägten, aber dennoch friedlichen Zeit vor der Militarisierung der Region und einer Zeit, die ab der staatlichen Verfolgung der bewaffneten kleinbäuerlich geprägten *Partei der Armen* begann und mit der Verschleppung von Mitgliedern und SympathisantInnen dieser Guerrillabewegung zur Gründung von Angehörigenorganisationen führte, welche die Aufklärung über den Verbleib ihrer Verwandten forderten. Erinnerungen wie jene von Romana Bello prägen bis heute das soziale Gedächtnis (vgl. Climo/Catell 2002; Fentress/Wickham 1992) vieler Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in dieser Region. Diese Narrative standen im Zentrum meiner Forschung zur Aufarbeitung des »Schmutzigen Krieges«, des *guerrasucia*, der 1960er und 1970er Jahre in Mexiko.

Der mexikanische »Schmutzige Krieg« ist einer jener in der Weltöffentlichkeit unsichtbaren und wenig beachteten Konflikte. Der Bezirk Atoyac de Alvarez im Bundesstaat Guerrero war die am meisten von der Praxis des Verschwindenlassens betroffene Region, hat sich doch dort die bewaffnete Bewegung der *Partei der Armen* gegründet (vgl. Bartra 2000 [1996]; Montemayer 2007). Ebenso wie in anderen lateinamerikanischen Ländern kann man in Mexiko von postkolonialen Machtverhältnissen sprechen, in denen strukturelle Gewalt (vgl. Galtung 1975) besonders in Form von sozialer Ungleichheit und einem ausgeprägten internen Rassismus, der seine Wurzeln in der spanischen Kolonialzeit hat, Ausdruck findet. Diese epistemische Gewalt (vgl. Spivak 1988; Brunner 2011) in postkolonialen Kontexten zeigt sich in einer Hierarchisierung zwischen den dominanten urbanen Machtzentren, die europäische Werte und evolutionistische Denkmuster von »Zivilisation« und »Fortschritt« übernahmen, und den marginalisierten ruralen Regionen. Eine derartige Dichotomisierung bedeutet die Exklusion vornehmlich indigener und mestizischer Kleinbauern und -bäuerinnen in ökonomischer, politischer und sozialer Hinsicht. Der mexikanische Anthropologe Bonfil Batalla (1987) prägte in diesem Zusammenhang die Dichotomie zwischen dem tiefen Mexiko (*México Profundo*) der ruralen und indigenen Bevölkerung und des imaginierten Mexiko (*México Imaginario*) der okzidentalisierten, politischen und ökonomischen Eliten.

Diese sozio-kulturelle Abwertung war stets Legitimation für die Marginalisierung und Ausbeutung der Kleinbauern und -bäuerinnen durch feudale Besitzverhältnisse und willkürliche direkte Gewalt lokaler Machteliten – der *Kaziken*<sup>9</sup> (vgl. Knight/Pansters 2005; Roniger 1987) und staatlicher Akteure. Seit der Kolonialzeit waren diese Bedingungen Ursache für zahlreiche Aufstände und Widerstandsbewegungen der subalternen Bevölkerungsgruppen (vgl. Katz 1990). So auch im sogenannten »Schmutzigen Krieg« ab den 1960er Jahren, in denen sich marginalisierte Kleinbauern und -bäuerinnen, aber auch diverse Gruppen in den Städten zu bewaffneten Gruppen zusammenschlossen – teils inspiriert durch die Kubanische Revolution –, um für ihre politischen, sozialen und ökonomischen Rechte zu kämpfen und der strukturellen und epistemischen Gewalt auch mit Gegengewalt zu antworten. Dieser lokale Konflikt war eingebettet in den globalen Kontext einer binären Weltordnung des Kalten Krieges und der damit in Zusammenhang stehenden Stellvertreterkriege

9 *Kaziken (Caciques)* – ein Begriff aus der spanischen Kolonialzeit, der indigene Führer bezeichnete – werden seit der mexikanischen Unabhängigkeit (1821) jene Personen genannt, die in einem ruralen Kontext die politische und ökonomische Macht über die Bevölkerung in der jeweiligen Region haben und den verlängerten Arm der staatlichen Zentralmacht auf dem Land darstellen. So etwa Großgrundbesitzer oder (Agro-)Industrielle, die gleichzeitig politische Ämter innehaben. Dieses Patronage-System wird in Mexiko *caciquismo* genannt (vgl. Knight/Pansters 2005; Roniger 1987).

in Lateinamerika. Die mexikanische Regierung reagierte mit Repression und Gewalt gegen die als »Kriminelle« und »Banditen« bezeichneten und angeblich die nationale Sicherheit gefährdenden StaatsfeindInnen. Diese Kriminalisierungsdiskurse sind etwa in einem Dokument des mexikanischen Geheimdienstes *Dirección Federal de Seguridad* (DFS) nachzulesen, in dem es heißt:

»Die Mission der Truppe [des Militärs] wird sein: A) [...] die notwendigen Operationen zur Festnahme und Eliminierung von Lucio Cabañas [...] und der ihn begleitenden Gruppe von Kriminellen durchzuführen; B) die Suche nach Waffen, die die Banditen gestohlen haben, weiterzuführen« (Dokument DFS zit. nach Castillo García 2003).

Militär und Polizei waren befugt, dehumanisierende Praktiken direkter Gewalt gegen diese Gruppen durchzuführen: Willkürliche Festnahmen, Folter, extralegale Hinrichtungen, Verschwindenlassen oder sexuelle Gewalt wurden zu legitimen Methoden der Aufstandsbekämpfung, wie Laura Castellanos (2007) und Carlos Montemayor (2010) feststellen. Die Legalisierung dieser illegitimen Gewaltpraktiken innerhalb des staatlichen Gewaltapparates weist auf den für »Schmutzige Kriege« charakteristischen Staatsterrorismus hin.

Während das Ausmaß staatlicher Repression in anderen lateinamerikanischen Ländern wie Argentinien, Chile und Guatemala (vgl. Robben 2005; Gómez-Barris 2009; Oettler 2004) weitgehend bekannt ist und unter Militärdiktaturen ausgeführt wurde, stellt Mexiko einen Sonderfall dar. Denn Mexiko war formal betrachtet eine Demokratie. Die Einparteienherrschaft der seit 1929 regierenden Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) zeichnete sich durch ein korporatistisches System aus, das große Teile der Bevölkerung in Interessensverbänden kooptierte und an den Staat band. Es charakterisierte sich zudem durch »institutionalisierte Korruption« (Shelley 2001) mit einem ausgeprägten Patronage-System (*Caciquismo*, *Caudillismo*) sowie Kooperationen mit der organisierten Kriminalität – vor allem mit dem Drogenhandel (vgl. Shelley 2001; Roniger 1987). Der offizielle politische PRI-Diskurs zeigte sich stets sozialistisch-revolutionär, wandte sich gegen den US-amerikanischen Imperialismus, die PRIisten pflegten gute diplomatische Beziehungen zu Fidel Castro und gewährten politisch Verfolgten aus den lateinamerikanischen Militärdiktaturen Asyl (vgl. Katz 2006). Innenpolitisch wurde die linksgerichtete politische Opposition im eigenen Land jedoch ebenso verfolgt wie in lateinamerikanischen Militärdiktaturen. Die Verfolgung war jedoch selektiv und auf einzelne Regionen fokussiert, die Medien zensiert, sodass der Großteil der mexikanischen Bevölkerung und auch die internationale Öffentlichkeit wenig über die Ausmaße der tatsächlichen Repressionen erfuhren (vgl. Rangel Lozano/Sánchez Serrano 2006).

Die am meisten von politischer Verfolgung betroffene Region zur Zeit des »Schmutzigen Krieges« war der südliche Bundesstaat Guerrero, besonders der Bezirk Atoyac de Alvarez. In dieser großteils von mestizischen Kleinbauern und -bäuerinnen bewohnten, bergigen Region formierte sich ab 1967 eine bewaffnete Bewegung, die gegen die jahrzehntelang herrschende soziale Ungerechtigkeit und Ausbeutung der Kleinbauern bzw. -bäuerinnen kämpfte, die vor allem durch lokale *Kaziken* – wie die PRI-nahe ökonomische und politische Elite der Region genannt wird (siehe Fußnote 9) – ausgeübt wurde. Die Guerilla-Bewegung nannte sich *Partei der Armen (Partido de los Pobres)* unter Führung des Volksschullehrers Lucio Cañas Barrientos (vgl. Bartra 2000 [1996]; Montemayor 2007).

Die mexikanische Regierung unter PRI-Präsident Luis Echeverría (1970-1976) begann, Mitglieder und SympathisantInnen dieser Bewegung zu verfolgen und militarisierte die Region mit der Entsendung von ca. 25.000 Soldaten (vgl. Oikión Solano/García Ugarte 2006). Das Militär führte einen Krieg nicht nur gegen die bewaffneten Akteure, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung mit Methoden der psychologischen Kriegsführung, die auch in Kooperationen mit US-amerikanischen und lateinamerikanischen Militärstrategen durchgeführt wurden (vgl. Calloni 2001). Das Militär errichtete in der gesamten Bergregion von Atoyac mobile Checkpoints, kontrollierte die Bewegungen der Bevölkerung und die Nahrungsmittelzufuhr, kooptierte lokale Spitzel und DenunziantInnen, bombardierte Dörfer, übte sexuelle Gewalt gegen Frauen aus und nahm Verdächtige fest, die in Geheimgefängnissen der Militärlager von Atoyac, Acapulco oder Mexiko-Stadt gefoltert, ermordet oder in Todesflügen über dem Pazifik abgeworfen wurden (vgl. Comité 68 2008).

Im Vergleich zu anderen Militärdiktaturen Lateinamerikas und auch im Vergleich zur aktuellen Zahl der Verschwundenen in Mexiko im Kontext des sogenannten »Krieges gegen Drogen« sind die Zahlen aus dem »Schmutzigen Krieg« eher gering. Die exakte Zahl der Opfer ist bis heute unklar, da angenommen wird, dass nicht alle Fälle registriert wurden. Die Schätzungen von Angehörigenorganisationen gehen von ca. 1.350 Fällen aus, während die offizielle Zahl der mexikanischen staatlichen Menschenrechtskommission (*Comisión Nacional de Derechos Humanos, CNDH*) bei 532 Verschwundenen liegt (CNDH 2001). Der Großteil aller Verschwundenen in Mexiko aus den 1970er und 1980er Jahren, so schätzt die VN-Arbeitsgruppe über gewaltsames und unfreiwilliges Verschwindenlassen (OHCHR o. J.), kommt aus dem Bundesstaat Guerrero (ca. 600 Fälle), insbesondere aus der Sierra de Atoyac. Auch hier gibt es unterschiedliche Zahlen, die VN-Arbeitsgruppe nennt ca. 450 Fälle (OHCHR 2011 a), während der unveröffentlichte Bericht der staatlichen Untersuchungskommission *Fiscalía especial para movimientos sociales y políticos del pa-*

sado (FEMOSPP) 551 Fälle anführt, die von Angehörigen aus Atoyac registriert wurden.

Nach diesen historischen Einbettungen des Konfliktes soll im Folgenden der eingangs erwähnten Frage nachgegangen werden, wie eine Verbindung von Übergangsriten (*rites des passages*) zwischen gewaltsamem Verschwindenlassen und *Transitional-Justice*-Prozessen gezogen werden kann. Dazu werden im Folgenden die einzelnen Phasen des fragmentierten Übergangsritus beschrieben und in Beziehung gesetzt: 1.) die *Phase der Separation*: Dehumanisierung durch Gewaltpraktiken des »Schmutzigen Krieges«; 2.) die *Phase der Liminalität: Kampf um Rehumanisierung* durch Praktiken und Diskurse der Angehörigen der Verschwundenen; 3.) die *Phase der Liminalität von Transitional Justice*: Re-Dehumanisierung der Angehörigen durch Friktionen; 4.) die *Phase der potenziellen Integration*: Rehumanisierung der Verschwundenen.

#### 4. Verschwindenlassen und Transitional Justice: Fragmentierte Übergangsriten

Übergangsriten werden in allen sozio-kulturellen Kontexten eingesetzt, wenn ein Umbruch einer Lebensphase eines Individuums oder Kollektivs eine soziale Neuordnung erfordert. Diese Neuordnung erfolgt durch ritualisierte Praktiken, um den beteiligten Menschen einen neuen Status zu geben und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft in der Zukunft zu gewährleisten. Übergangsriten sind all jene Riten, die mit Statusveränderungen von Menschen zusammenhängen, so etwa Tauf-, Hochzeits- oder Totenrituale. Diese *rites des passages* lassen sich im Sinne der sozialanthropologischen Theorie von Arnold van Gennep (1909) durch drei Phasen charakterisieren: Separation, Liminalität und Integration. Wenn also eine Gemeinschaft zum Beispiel mit dem Tod konfrontiert ist, wird durch die Durchführung von Übergangsriten eine neue soziale Ordnung festgelegt. Die *Phase der Separation* ist der Tod eines Menschen und die Exklusion desselben aus der Gemeinschaft; die *Phase der Liminalität* ist der darauffolgende ungewisse Schwellenstatus des Toten und der Angehörigen vor dem Beginn spezifischer Toten- und Trauerrituale. Diese markieren dann die *Phase der Integration*, in der durch ritualisierte Praktiken der Gemeinschaft, der Status des Toten und jener der Angehörigen neu festgelegt wird. So werden etwa die Toten zu Ahnen, die Frau oder der Mann zu Witwe oder Witwer, die Kinder zu Waisen und rechtliche Fragen, wie Erbe und Besitzrechte, werden geklärt. Mit der Beendigung der letzten *Phase der Integration* der Übergangsriten ist die soziale Ordnung wiederhergestellt und ein geregeltes Weiterleben der Gemeinschaft möglich, da eine neue soziale Ordnung für die Überlebenden und für

die Toten festgelegt wurde (vgl. Davies 2002; Robben 2004). Während also Übergangsriten in der Beschreibung von Turner und van Gennep stets zu einem erfolgreichen Abschluss kommen, handelt es sich im Falle des gewaltsamen Verschwindenlassens um eine Beeinträchtigung der Wiederherstellung der sozialen Ordnung.

Staatliche Akteure verweigern durch dieses Verbrechen den Angehörigen wichtige sozio-kulturelle Riten, die in jeder Gesellschaft von Bedeutung sind: Die Verweigerung von Informationen über das Schicksal der Angehörigen und die Verweigerung von sterblichen Überresten verunmöglichen Toten- und Trauerrituale sowie die Etablierung von Trauerorten in Form von Gräbern. Das Verschwindenlassen von Menschen greift also direkt in die sozio-kulturellen Gefüge von Gemeinschaften ein, indem diesen ein adäquater Umgang mit den Toten verweigert wird. Sowohl die Angehörigen als auch die Verschwundenen bleiben in der *liminalen Phase* ohne das Übergangsritual abschließen zu können und die dritte *Phase der Integration* zu erreichen.

Im Folgenden werden die drei Phasen der Übergangsriten – Separation, Liminalität und Integration – auf den mexikanischen Gewaltkonflikt der Vergangenheit und den *Transitional-Justice*-Prozess angewandt und so das Argument anhand konkreter Ereignisse weiter diskutiert.

#### 4.1 Die Phase der Separation: Dehumanisierung

»Sie war verschwunden. [...] Niemand hat Auskunft gegeben, wo sie war [...]. Man sagte, wenn sie meinen Vater verschleppt haben, dann dachte man dasselbe, dass sie sie auch verschwinden lassen haben [...]. Wir waren zehn Geschwister und wir blieben bei meiner Großmutter« (Interview der Autorin mit Don Manuel, Sohn verschwundener Eltern, 25.7.2012, Atoyac).

»Sie sagten, dass sie die Augen verbunden hatten [...], dass es eine Maschine gab, wo sie lebend hineingeworfen wurden. [...] Und andere sagten, dass sie sie mit Hubschraubern weggebracht haben und so, wie sie gefesselt waren, wurden sie ins Meer geworfen« (Interview der Autorin mit Doña Fernanda, Frau eines Verschwundenen, 10.8.2009, San Vicente de Jesús).

Die *Phase der Separation* ist gekennzeichnet durch dehumanisierende Gewaltpraktiken im »Schmutzigen Krieg«. Die Menschen, die als subversive, kriminelle und die nationale Sicherheit bedrohende FeindInnen kategorisiert wurden, wurden ohne jegliche legale Grundlage aus der Gesellschaft eliminiert. Die dafür eingesetzten Methoden, die in den Erzählungen der betroffenen Menschen – wie in den beiden obigen Zitaten – beschrieben werden, fasse ich unter Dehumanisierungsprozesse

zusammen. Das Konzept Dehumanisierung (vgl. Haslam 2006; Lang 2010; Tileagă 2007) ist in diesem Kontext eine zentrale Analysekategorie, zeigt es doch Dynamiken der Entmenschlichung von Individuen, wodurch zum einen Gewalt an diesen Anderen erst möglich und zum anderen die Auswirkungen der Gewalt auf die betroffene Bevölkerung deutlich wird. Die im Folgenden gezogene Unterscheidung verschiedener *Dimensionen der Dehumanisierung* soll die Komplexität der Prozesse, die mit gewaltsamen Verschwindenlassen einhergehen, verdeutlichen. In der Analyse des empirischen Materials aus Mexiko können nun die Prozesse der Dehumanisierung im Kontext des Verschwindenlassens unter zwei Aspekten zusammengefasst werden: Es handelt sich einerseits um *konkrete Dehumanisierung* und andererseits um *symbolische Dehumanisierung*. Während *konkrete Dehumanisierung* den Gewaltakt an den Verschleppten und Verschwundenen selbst bezeichnet, bezieht sich *symbolische Dehumanisierung* auf den Transfer der Repression von den direkten Opfern der physischen Gewalt auf die Angehörigen der Verschwundenen. Für den Kontext des »Schmutzigen Krieges« in Atoyac de Alvarez können nun verschiedene *Dimensionen der Dehumanisierung* unterschieden werden. Sie werden differenziert nach betroffenen Personen und zeitlichen Aspekten und daher unterteilt in Dehumanisierung von Dorfbevölkerung, Gefangenen, Verschwundenen, zurückgekehrten Verschwundenen und Angehörigen:

Die Dehumanisierung der Dorfbevölkerungen durch Militarisierung und soziale Kontrolle: Die Bevölkerung in den Dörfern der Sierra de Atoyac war während der militärischen Aufstandsbekämpfung unterschiedlichen Praktiken ausgesetzt, wie der Besetzung der Häuser, Plätze und Wege, Beschimpfungen und Demütigungen, dem Raub materieller Güter und Zwang zu Dienstleistungen für die Soldaten, permanenten Identitäts- und Anwesenheitskontrollen, der Kontrolle der Bewegungsfreiheit, der Nahrungsmittelzufuhr der landwirtschaftlichen Arbeit und des Zugangs zu den Maisfeldern, der sexuellen Gewalt gegen Frauen, der Zerstörung der Lebensgrundlagen durch Bombardierung einzelner Dörfer, dem Zwang zur Flucht und Vertreibungen.

Die konkrete Dehumanisierung der Gefangenen: Die Entmenschlichung der Gefangenen beginnt in den meisten Fällen mit ihrer Festnahme. Sie wurden vor der Dorfgemeinschaft öffentlich erniedrigt und von den Soldaten wie Tiere behandelt. Die zurückgekehrten Gefangenen oder die ZeugInnen beschrieben die Praktiken während der Festnahmen: auf allen Vieren kriechend wie Hunde, ein Zusammenbinden mehrerer Gefangener an Händen und Füßen wie Tiere, das Abführen und das Aufladen der Gefangenen auf Militärwagen wie Schweine. Die Dehumanisierung der Gefangenen wurde während der Verhöre und der Haft unter Einsatz von Folter fortgesetzt. Die zurückgekehrten Gefangenen beschreiben physische und

psychische Gewaltpraktiken wie Elektroschocks, simuliertes Ertrinken, simulierte Erschießungen, Schläge am ganzen Körper, Misshandlungen an den Genitalien, das Einstechen von Nadeln unter die Fingernägel, das Einstreuen von Chilipulver in die Nase, Hubschrauberflüge mit simuliertem Abwerfen über dem Meer, Nahrungsmittel- und Wasserentzug, das Einflößen von Benzin und das darauffolgende Anzünden der Gefangenen bis zum Verbrennungstod.

Die symbolische Dehumanisierung der Verschwundenen: Das in den meisten Fällen praktizierte Verschwindenlassen der Gefangenen ohne Bekanntgabe ihres Schicksals und/oder der Verweigerung der Rückgabe der sterblichen Überreste an die Angehörigen stellt zusätzlich zur oben beschriebenen *konkreten Dehumanisierung*, die mit direkter Gewalt verbunden ist, auch einen symbolischen Dehumanisierungsprozess dar. Es ist die Desozialisierung der Verschwundenen, die Verweigerung einer Reintegration in die Gemeinschaft als Lebende oder Tote sowie der Versuch der Eliminierung ihrer Identitäten.

Dehumanisierung der zurückgekehrten Verschwundenen: Die wenigen Verschwundenen, die freigelassen wurden und in ihre Dorfgemeinschaften zurückkehren konnten, erfuhren dennoch eine Kontinuität der Dehumanisierungsprozesse. Sie litten in vielen Fällen an psychischen und physischen Krankheiten als Folgen der Folter und wurden meist arbeitsunfähig. Die Arbeitsunfähigkeit hat besonders in der sozialen Lebenswelt der Kleinbauern, in der die Arbeit am Maisfeld zentraler Bestandteil des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens in den Familien und Dorfgemeinschaften ist, schwerwiegende Folgen. Eine Rückkehr in das soziale Leben und den Arbeitsalltag vor der Festnahme war durch die Spätfolgen von Folter und Traumatisierung in vielen Fällen nicht mehr möglich.

Symbolische Dehumanisierung der Angehörigen: Die gewaltvolle Repression gegen die Gefangenen und Verschwundenen wurde auch auf die sozialen Netzwerke und die Familien ausgeweitet. Dies ist ein Aspekt, der in der *Phase der Liminalität* näher beschrieben wird.

Die beschriebenen unterschiedlichen Dimensionen der Dehumanisierung charakterisieren die *Phase der Separation* und zeigen die weitreichenden Auswirkungen des Einsatzes staatsterroristischer Praktiken auf die betroffene Bevölkerung. Auf die Phase der von Gewalt geprägten Separation folgt die *Phase der Liminalität*, in der die Angehörigen der Verschwundenen unterschiedliche Praktiken entwickeln, um mit der Dehumanisierung umzugehen. Diese Phase soll im Folgenden näher erläutert werden.

## 4.2 Phase der Liminalität: Kampf um Rehumanisierung

»Sie sollen mir sagen, wo mein Bruder geblieben ist. Er war doch kein Tier, das sie am Feld einfingen, er war ein Mensch!« (Interview der Autorin mit Rosa Castro Velázquez, Schwester eines Verschwundenen, 2.8.2009, San Vicente de Benítez).

»Meine Mutter [...] hat von Leuten erfahren, die auch in der Bewegung waren [...]. Sie ist los [...], um mit den anderen Angehörigen einen Hungerstreik zu machen. Denn die Leute begannen, sich wegen derselben Sache zu organisieren« (Interview der Autorin mit María Felix Reyes, Tochter eines Verschwundenen, 5.9.2010, Atoyac).

»Der schlechteste Kampf ist der, der nicht geführt wird [...]!« (Interview der Autorin mit Apolinar Castro Román, Frau eines Verschwundenen, 18.9. 2009, Atoyac).

Die zuvor beschriebene *symbolische Dehumanisierung* der Angehörigen, die Strategie der Nicht-Information über das Schicksal der Verhafteten, das Nicht-Wissen darüber, ob sie vielleicht noch in einem Geheimgefängnis leben oder irgendwo ermordet und verscharrt wurden, macht diese Praxis zu einer psychischen Folter für die Verwandten. Durch diese Dehumanisierungsprozesse sind die Hinterbliebenen mit einer permanenten Ungewissheit konfrontiert, die sie in einer *Phase der Liminalität* verharren lässt. Dieser *liminale Zustand* findet keinen Abschluss, keine Integration im Sinne der drei Phasen von van Gennep. Sowohl die Angehörigen als auch die Verschwundenen bleiben in einer Phase des *Betwixt and Between*, wie Turner (1969) die *Phase der Liminalität* bezeichnet. Ich argumentiere, dass gerade aus diesen Verweigerungen von wichtigen sozio-kulturellen Ritualen, die Teil der *Dehumanisierung* sind, eine Transformation stattfindet. Durch die *Präsenz der Abwesenheit* der Verschwundenen und der *Permanenz der Liminalität der Angehörigen* entwickelten diese politische Praktiken und Protestformen – wie in den beiden Zitaten angedeutet. Die Entwicklung politischer Rituale machte fortan die Angehörigen auch zu einem wesentlichen Akteur im mexikanischen *Transitional-Justice*-Prozess. Diese Praktiken und Diskurse der Angehörigen, die zum Ziel haben, die dehumanisierten Verschwundenen in die Gesellschaft zu re-integrieren, fasse ich als Prozesse der *Rehumanisierung* zusammen. Das Konzept der *Rehumanisierung* wurde bisher in unterschiedlichen regionalen Kontexten und Schwerpunktsetzungen verwendet (vgl. Oelofsen 2009; Rodríguez 2000; Halpern/Weinstein 2004; Ferrándiz 2009), jedoch nicht im Kontext des gewaltsamen Verschwindenlassens von Menschen und den Praktiken und Diskursen von Angehörigen angewandt.

Trotz gleicher oder ähnlicher Gewalterfahrung sind die Angehörigen aber keineswegs als homogene Opfergruppe zu sehen, die entweder passiv und hilflos sind, wie weitverbreitete Opferbilder suggerieren, oder die sich alle zu politischen Akteuren entwickelten. Vielmehr bildeten sich sehr diverse subalterne Handlungsstrategien heraus, um dem erfahrenen Unrecht zu begegnen. Wie die Forschung in Mexiko zeigte, reicht die Heterogenität der Angehörigen, von jenen, die schweigen, nicht in der Öffentlichkeit sichtbar werden und Erinnerung nur im privaten Raum stattfinden lassen, hin zu jenen, die öffentlich sprechen und politisch aktiv wurden. Ob im privaten oder öffentlichen Raum, alle Angehörigen konstituieren eine bedeutende Gegen-Erinnerungsgruppe zu staatlichen, PRI-dominierten Versionen über den »Schmutzigen Krieg«. Seit den 1970er Jahren konstituierte sich eine politische Ritualpraxis der Angehörigen, in der auch die durch die Gewalt dekonstruierte Welt der Opfer durch politisches Handeln permanent rekonstruiert wird (vgl. Das/Kleinmann et al. 2001). Einige Elemente des *Kampfes um Rehumanisierung* – wie ich diese Prozesse nenne –, die auch Inhalt der Narrative, wie denen der eingangserwähnten Romana Bello, sind, zeigen sich 1.) in der individuellen und kollektiven Suche nach den Verschwundenen; 2.) in der Vernetzung der Angehörigen zu lokalen und nationalen Organisationen wie zu dem Comité EUREKA, *Asociación de Familiares de Detenidos Desaparecidos y Perseguidos, Desaparecidos y Exiliados Políticos de México* (AFADEM) oder *Hijos por la Identidad y la Justicia, contra el Olvido y el Silencio* (H.I.J.O.S.);<sup>10</sup> 3.) in dem kontinuierlichen Protest im öffentlichen Raum mit den Leitsprüchen *Vivos los llevaron, vivos los queremos!* (Lebend haben sie sie geholt, lebend wollen wir sie zurück!), *Dónde están?* (Wo sind sie?) oder *Hasta encontrarlos!* (Bis wir sie finden!); 4.) in der öffentlichen Nennung der Täter; 5.) in der Sichtbarmachung der Unsichtbaren durch die kontinuierliche Nennung der Namen der Verschwundenen und der visuellen Repräsentationen durch Fotos der Verschwundenen, in denen permanent und öffentlich ein Beweis geliefert wird, dass der eliminierte Mensch existierte sowie 6.)

10 Das Comité EUREKA ist ein nationaler Zusammenschluss von mexikanischen Angehörigen von Verschwundenen mit Sitz in Mexiko-Stadt. Es wurde 1977 von Rosario Ibarra, Mutter eines Verschwundenen, unter dem damaligen Namen *Comité Pro Defensa de Perseguidos, Desaparecidos y Exiliados Políticos de México* gegründet. Rosario Ibarra ist bis heute die Vorsitzende. AFADEM wurde 1978 in Atoyac de Alvarez gegründet und ist eine der lokalen Angehörigenorganisationen im Bundesstaat Guerrero. Die Vorsitzende ist Tita Radilla, Tochter eines Verschwundenen. Eine weitere lokale Angehörigenorganisation ist die *Comisión para el Esclarecimiento de los años 70 a 74* mit Sitz in Atoyac de Alvarez. Die Vorsitzende ist Eleazar Peralta Santiago, Schwester eines Verschwundenen. H.I.J.O.S. wurde 1998 von mexikanischen Kindern von Verschwundenen in Kooperation mit den argentinischen H.I.J.O.S. gegründet. Für eine detaillierte Beschreibung der Entwicklung dieser Organisationen siehe Karl (2014).

in der individuellen und kollektiven Erinnerung an die Verschwundenen durch Narrative im privaten und öffentlichen Raum. Diese Repräsentationen der abwesenden Präsenten wurden zum zentralen Element des politischen Rituals im *Kampf um Rehumanisierung* der Angehörigen.

Ein weiterer wichtiger Punkt in ihrer politischen Praxis ist auch, dass sich einige mexikanische Angehörigenorganisationen, vor allem AFADEM und Comité EUREKA, transnational in der lateinamerikanischen *Federación Latinoamericana de Asociaciones de Familiares de Detenidos-Desaparecidos* (FEDEFAM)<sup>11</sup> vernetzen. FEDEFAM ist das erste überregionale Netzwerk von Angehörigen von Verschwundenen weltweit, das aus dem lateinamerikanischen Kontext kommt und im Jahr 1978 mit Sitz in Costa Rica gegründet wurde. Es sind dort Angehörige etwa aus Argentinien, Chile, Mexiko oder Guatemala vertreten. Auf sie geht der *Internationale Tag der Verschwundenen* zurück, ein Gedenktag, der weltweit jährlich am 30. August begangen wird. FEDEFAM war auch maßgeblich daran beteiligt, dass sich im Jahr 1980 die VN-Arbeitsgruppe über gewaltsames und unfreiwilliges Verschwindenlassen gründete. Durch diese Vernetzung erhielten auch die mexikanischen Angehörigen Zugang zu internationalen Organisationen und weiteren politischen und rechtlichen Instrumenten.

Die nationalen und transnationalen Vernetzungen der mexikanischen Angehörigen und die Entwicklung einer spezifischen politischen Praxis zeichnenden den *Kampf um Rehumanisierung* in der *Phase der Liminalität der Angehörigen* aus. Dieser *Kampf um Rehumanisierung* war auch mitverantwortlich für die Implementierung von *Transitional-Justice*-Mechanismen in Mexiko. Den mexikanischen *Transitional-Justice*-Prozess vergleiche ich ebenso wie die Situation der Angehörigen der Verschwundenen mit einem Übergangsritus, der aufgrund machtpolitischer Konstellationen in einer *liminalen Phase* verharrt und durch Konflikte und Ambivalenzen gekennzeichnet ist. Dies soll im Folgenden näher erläutert werden.

### 4.3 Die Liminalität von Transitional Justice: Friktionen und Re-Dehumanisierung

»Fox hat sich verpflichtet, aufzuklären, aber nein, nie war das sein Ziel! Es war nur eine Pantomime [...]« (Interview der Autorin mit Maria Felix Reyes, Tochter eines Verschwundenen, 5.9.2010, Atoyac).

»Sie haben mich fotografiert, haben einen Computer mitgebracht, um Kopien zu machen von Ausweisen, Kopien von allen Dokumenten, die ich hatte. Und

<sup>11</sup> FEDEFAM ist der Lateinamerikanische Dachverband der Verbände von Angehörigen von Verhaftet-Verschwundenen.

nichts, bis heute!« (Interview der Autorin mit Andrea Baltasar Vázquez, Frau eines Verschwundenen, 28.7.2010, Rincón de las Parotas).

»Als die Frau Doktor [der FEMOSPP] da war, kamen sie [bewaffnete Männer] [...], umzingelten die Häuser und luden die Waffen! Und diese Leute [einige Angehörige], die wollen nichts mehr davon wissen! [...] Was sie gemacht haben [die FEMOSPP], war die Leute zu erschrecken [...], um sie zum Schweigen zu bringen« (Interview der Autorin mit Apolinar Castro Román, Frau eines Verschwundenen, 18.9.2009, Atoyac).

Die oben genannten Zitate von Angehörigen Verschwundener zeigen deren Wahrnehmung des Aufarbeitungsprozesses: Es war eine Täuschung, die einherging mit bürokratischen Prozeduren, terrorisierenden Bedrohungen und unerfüllten Versprechen. Es sind diese Aspekte, die zu Reviktimisierungen führten und daher als Prozesse der *Re-Dehumanisierung* der Opfer wahrgenommen werden können. Warum kann nun *Transitional Justice* als *fragmentierter Übergangsritus* oder als *Versuch eines Übergangsritus* betrachtet werden? *Transitional-Justice*-Prozesse haben den Anspruch einer sozialen Neuordnung von einer gewaltvollen Vergangenheit zu einer friedvollen Zukunft. Betrachtet man jedoch *Transitional-Justice*-Prozesse in den jeweiligen regionalen Kontexten sind diese stets durch diverse Konflikte und Friktionen gekennzeichnet. *Transitional-Justice*-Prozesse können auch als politisches Ritual analysiert werden, charakterisieren sich doch politische Rituale durch Krisen und Konflikte (vgl. Kertzer 1989; Bergesen 1984). Auch *liminale Phasen* in Übergangsriten sind gekennzeichnet durch Krisen und Konflikte (vgl. Turner 1967, 1969). In weiterer Folge kann also gesagt werden, dass sich Krisen und Konflikte in politischen Ritualen von *Transitional-Justice*-Prozessen aus der *Permanenz in der Liminalität* ergeben. Diese Prozesse bleiben demnach ebenso in einer *Phase der Liminalität*, ohne eine abschließende integrative Phase durch die Wiederherstellung der sozialen Ordnung zu erreichen. Diese Krisen und Konflikte der *liminalen Phase* sollen bezogen auf Mexiko nun mit dem Konzept der *Transitional Frictions* von Alexander Hinton (2010) erfasst werden. Werden globale Normen und Diskurse – wie *Transitional Justice* – von bestimmten Akteuren in lokale Räume übernommen, treffen diese oftmals auf diverse sozio-kulturelle Gefüge sowie politische Machtkonstellationen, aus denen sich neue Konflikte entwickeln. Diese Konflikte konzeptualisiert Alexander Hinton als *Transitional Frictions* (2010). Im Falle Mexikos wurden im *Transitional-Justice*-Prozess die »kulturellen Codes« (Pansters 1999: 259) des mexikanischen politischen Systems sichtbar, die zu mehreren *Transitional Frictions* führten. Einige davon sollen im Folgenden beschrieben werden.

Die kontinuierlichen Proteste und Forderungen der Angehörigen seit den 1970er Jahren in Mexiko fanden im Jahr 2000 auch Eingang in den Wahlkampf und führten von Seiten des Präsidentschaftskandidaten Vicente Fox zu Überlegungen einer potenziellen Entwicklung von *Transitional-Justice*-Instrumenten. Es war ein komplexer politischer Prozess, der bis heute andauert, und aus dem in der Folge nur einige zentrale Eckpunkte herausgegriffen werden können.<sup>12</sup> Es stellt sich zunächst die Frage, warum in einem Land von einem *Transitional-Justice*-Prozess gesprochen wird, welches formal gesehen keinen Übergang von einem diktatorischen Regime zu einem demokratischen Regierungssystem, sondern vielmehr nur einen Regierungswechsel erlebte. Fest steht, dass Praxis und Diskurs von *Transitional Justice* im mexikanischen Fall eher als Selbst-Legitimierung und Abgrenzung der neuen Regierung denn als ernst gemeintes Projekt der Aufklärung vergangener Verbrechen eingesetzt wurde. Das Jahr 2000 war das Jahr der politischen Transition, da die neu gewählte Regierung von Präsident Vicente Fox von der Oppositionspartei *Partido de Acción Nacional* (Partei der Nationalen Aktion, PAN) die 71-jährige Präsidentschaft der PRI beendete (vgl. Klesner 2001; Langston 2002). Vicente Fox integrierte in seinen Wahlkampfdiskurs die Terminologie von *Transitional Justice*: Er sprach von Wahrheit, Gerechtigkeit und nationaler Versöhnung, von Demokratisierung, Menschenrechten und einem »opening up to the world« (Aguayo Quezada et al. 2006). Er nahm die Forderungen der Angehörigen der Verschwundenen auf und versprach Aufklärung über die Verbrechen der Vergangenheit aus der Zeit des »Schmutzigen Krieges« und die Bestrafung der Täter.

Die *Transitional Frictions* entstanden durch die fortbestehende Macht autoritärer Herrschaftsfiguren von *Caudillos* und *Kaziken*, deren Ursprünge in der Kolonialzeit liegen und die eine besondere Rolle im PRI-Regime spielten (vgl. Hamill 1992; Krauze 1994; Roniger 1987; Shelley 2001). Derartige Strukturen und Akteure aus der Zeit des PRI-Regimes wirkten in der Transitionszeit weiter und sind für Korruption sowie die Kultur der Straflosigkeit auch im mexikanischen *Transitional-Justice*-Prozess verantwortlich. Dieser machtpolitische Kontext wurde anhand verschiedener Aspekte sichtbar: So zeigte sich etwa die kontinuierliche politische Bedeutung militärischer Strukturen, als Präsident Fox (2000-2006) den General des mexikanischen Militärs, Rafael Macedo de la Concha (von 2000-2005), als Vorsitzenden der Generalstaatsanwaltschaft (*Procuraduría General de la República*, PGR) einsetzte. Ihm unterstand der neu einberufene Sonderstaatsanwalt Carillo Prieto, ein mexikanischer Jurist, der zum Vorsitzenden der FEMOSPP (2002-2006)

12 Für eine detaillierte Beschreibung des mexikanischen *Transitional-Justice*-Prozesses siehe Acosta/Ennelin (2006) oder Aguayo Quezada et al. (2006).

berufen wurde, jener Kommission, welche die Verbrechen der Vergangenheit untersuchen sollte. Die Vorsitzende des Comité EUREKA, Rosario Ibarra, Mutter eines Verschwundenen, stand diesen Entscheidungen von Anfang an skeptisch gegenüber. Sie kritisierte:

»Wir brauchen weder Sonderstaatsanwälte noch Wahrheitskommissionen, um das Verschwindenlassen zu untersuchen. Dafür gibt es die Generalbundesanwaltschaft und die Staatsanwaltschaft. Außerdem stehen hinter ihm [Carillo Prieto] Personen, die mit Luis Echeverría [PRI-Präsident des »Schmutzigen Krieges«] in Verbindung stehen [...]. Wir fordern, dass die Bundesstaatsanwaltschaft ihre Archive öffnet und die Anzeigen untersucht, die wir im Laufe von 27 Jahren gemacht haben [...].« (Ibarra zit. nach Ravelo 2002: 13).

Ibarras Kritik und die Feststellung machtpolitischer Verbindungen sollten sich bewahrheiten. Es wurden während der vierjährigen Tätigkeit der FEMOSPP zwar 20 Haftbefehle ausgestellt und Gerichtsprozesse gegen Ex-Präsident Luis Echeverría (1970-1976) sowie gegen die Generäle des Militärs Acosta Chaparro, Quirós Hermosillo und Barquín Alonso begonnen. Echeverría wurde jedoch freigesprochen. Da die Generäle jedoch nicht der Zivilgerichtsbarkeit, sondern der Militärgerichtsbarkeit (*fuero militar*) unterstanden, wurden auch diese, wie erwartet, aus Mangel an Beweisen freigesprochen (vgl. Aguayo Quezada/Treviño Rangel 2007).

Friktionen entwickelten sich auch rund um den Abschlussbericht der FEMOSPP, der zu einem umkämpften Dokument der Interpretationen der historischen Wahrheit wurde. Der Bericht wurde nie offiziell verabschiedet und veröffentlicht, sondern erst später von Opferorganisationen publiziert (vgl. Comité 68). Es gab staatliche Versuche von Exhumierungen von Massengräbern, die jedoch zu keinem Ergebnis führten, da laut Angehörigenorganisationen nie an den »richtigen Stellen« gegraben wurde (vgl. Díaz 2008). Berichtet wurde auch von Einschüchterungsversuchen gegenüber Angehörigen von Verschwundenen, damit diese keine Aussagen vor der Untersuchungskommission tätigen, wie im obigen Zitat von Apolinar Castro deutlich wird. Einer der bekanntesten Zeugen vor der FEMOSPP, Zacharias Barrientos, der laut Angehörigen sehr viele Informationen über militärische Operationen und Täter in Atoyac de Alvarez hatte – wurde er doch in den 1970er Jahren zur Kollaboration als Spitzel für das Militär gezwungen –, wurde im Jahr 2003 ermordet aufgefunden, kurz bevor er eine öffentliche Aussage vor der FEMOSPP machen sollte.<sup>13</sup>

13 Siehe den Dokumentarfilm über Zacarias Barrientos von Ludovic Bonleux »El crimen de Zacarias Barrientos« (K Production, 2008, Frankreich).

Friktionen ergaben sich durch den *Transitional-Justice*-Prozess auch unter den Angehörigen, die, wie erwähnt, eine sehr heterogene Opfergruppe darstellen. Das Spektrum reicht von unsichtbaren und schweigenden Angehörigen, die auch meist kein Wissen über die nationalen *Transitional-Justice*-Prozesse haben, bis hin zu aktiven, sichtbaren und protestierenden Angehörigen. Diese Heterogenität der Opfer führte oft auch zu Konflikten untereinander, die sich seit Einsetzen der *Transitional-Justice*-Mechanismen besonders deutlich zeigten: So führte etwa die Frage der Reparationszahlungen und der moralischen Legitimität, Geldzahlungen für die Verschwundenen zu erhalten, zu erheblichen Differenzen, die Spaltungen von Angehörigenorganisationen zur Folge hatten. Dies war einer der Gründe, warum sich eine Gruppe von Angehörigen in Atoyac von AFADEM im Jahr 2004 trennte und die *Comisión para el Esclarecimiento de los años 70 a 74* (Kommission zur Aufklärung der Jahre 70 bis 74, CPE) gründete, da AFADEM Entschädigungszahlungen ablehnte. Andere Angehörige plädierten jedoch für das Recht, zumindest Entschädigungszahlungen für das erlittene Leid und den *materiellen* Verlust zu erhalten: »Wir fordern doch nicht Geld für unsere Verschwundenen, die sind nicht bezahlbar! Wir fordern Entschädigung für alles, was wir verloren haben« (Doña Eleazar von CPE, Atoyac 2009). Angehörige von AFADEM wiederum beschuldigten andere Angehörige, dass sie durch den potenziellen Erhalt von Reparationszahlungen ihre Verschwundenen aufessen würden. So bezeichnete es eine Angehörige von AFADEM, die keine Reparationszahlungen für ihren verschwundenen Ehemann fordern und annehmen möchte, folgendermaßen: »Und ich sage Ihnen, jeder kann denken wie er will, aber ich werde ihn nicht essen. Ich werde ihn nicht essen!« (Interview der Autorin mit Doña Apolinar, AFADEM, 18.9.2009, Atoyac).

Diese Differenzen gingen bis hin zu Anschuldigungen, dass manche Angehörige mit staatlichen Akteuren kooperieren, sich durch Geldzahlungen mundtot machen lassen, die Forderungen anderer Angehöriger wiederum delegitimieren und somit die Aufarbeitung behindern würden. Konflikte traten auch auf, da es im Laufe des Prozesses zu Opferhierarchisierungen kam und sich Debatten um die Definition der »wahren und richtigen Verschwundenen« entwickelten. So etwa im Falle des einzigen Verschwundenen Mexikos (der Fall Rosendo Radilla), der beim Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte zu einer Verurteilung des mexikanischen Staates im Jahr 2009 führte (vgl. Antillón Najlis 2008). Der Fall Radilla wurde von AFADEM in Kooperation mit der mexikanischen Menschenrechtsorganisation *Comisión Mexicana para la Promoción y Defensa de los Derechos Humanos* (CMPDDH) vor den Interamerikanischen Gerichtshof gebracht. Trotz dieses Erfolges für die Opfer fühlten sich viele Angehörige anderer Verschwundener marginalisiert und fragten nach dem Unterschied zwischen jenem Fall und ihren eigenen

Fällen. Auch bei den Grabungen, die nach Aufforderung durch den Interamerikanischen Gerichtshof im Jahr 2008 im ehemaligen Militärlager von Atoyac durchgeführt wurden, um die sterblichen Überreste von Rosendo Radilla zu suchen, entstanden Diskrepanzen zwischen den Angehörigen, auch hinsichtlich des AFADEM-Leitspruches »Lebend haben sie sie geholt, lebend wollen wir sie zurück«. Die Angehörige Doña Apolinar kommentierte die Grabungen so:

»Mir gefällt das nicht, weil Frau Tita in alle vier Himmelsrichtungen schreit, dass sie ihren Vater lebend will, lebend haben sie ihn geholt, lebend will sie ihn zurück. Und was ist jetzt damit, dass sie Grabungen durchführen, um ihren Vater zu suchen. Warum sucht sie ihn tot, wenn sie ihn doch lebend zurück haben will?« (Interview der Autorin mit Doña Apolinar, AFADEM, 18.9.2009, Atoyac).

Die Tatsache, dass AFADEM einerseits die politische Forderung stellt, alle Verschwundenen lebend wieder zurückhaben zu wollen und sie aber andererseits nach sterblichen Überresten von Radilla suchen, wird von vielen anderen Angehörigen als Widerspruch erlebt. Diese Kritik entstand aus dem Unverständnis vieler Angehöriger aus AFADEM und CPE, dass nur nach Radilla gesucht wurde und nicht auch nach den anderen Verschwundenen und sich viele Angehörige marginalisiert fühlten. Diese Konflikte müssen jedoch weniger als Widerspruch, sondern vielmehr als Aspekte der unterschiedlichen Interessenslagen und Strategien der Angehörigen betrachtet werden.

Wahrnehmungen der Exklusion entwickelten sich auch von den Angehörigen der lokalen Organisationen AFADEM und CPE hinsichtlich der Arbeit der nationalen Angehörigenorganisation Comité EUREKA. Kritisiert wurde, dass Rosario Ibarra, die Leiterin von Comité EUREKA, Kooperationen mit internationalen Menschenrechtsorganisationen (wie *Amnesty International* oder *Human Rights Watch*), internationalen Organisationen (wie der UN) oder transnationalen Angehörigenorganisationen (wie FEDEFAM) unterhält und sie im Namen der Angehörigen auf Reisen im Ausland wäre. Die Angehörigen auf lokaler Ebene fühlen sich jedoch nicht repräsentiert, da ihrer Ansicht nach keine Kommunikation zwischen lokaler und nationaler Ebene stattfinden würde. Weder würde Rosario Ibarra die Angehörigen in Guerrero besuchen, noch Berichterstattungen über die Prozesse auf nationaler oder internationaler Ebene. Dieser Unmut wurde verstärkt, als Rosario Ibarra von 2006 bis 2012 Senatorin der Partei der Arbeit (*Partido del Trabajo*) war. Durch die Übernahme einer politischen Funktion, wenn auch in der Oppositionspartei, war aus der Perspektive vieler Angehöriger in Atoyac der Verdacht bestätigt, dass sie nunmehr von politischer Macht korrumpiert wäre und nicht mehr für die Anliegen der Ver-

schwundenen eintreten würde. Die Tochter eines Verschwundenen aus Atoyac von CPE formuliert dies so:

»Heute kann ich nur sagen, sie ist durch uns groß geworden, das nehme ich ihr übel. Sie sagt, wir sollen keine Entschädigungszahlungen fordern, wir könnten doch nicht Geld für unsere Verschwundenen verlangen. Sie hat gut reden, sie ist jetzt reich, sie ist durch uns reich geworden, ist Senatorin, verdient gutes Geld, und wir? Wir sind weiterhin arm, haben nichts und dann nimmt sie uns auch noch übel, dass wir Geld fordern. Das werfen wir ihr vor, dass sie uns im Stich gelassen hat und dass sie uns nicht mehr unterstützt« (Interview der Autorin mit Doña Eva, 12.9.2009, Atoyac).

Auch wenn es aufgrund dieser Diskrepanzen tatsächlich keinen persönlichen Kontakt mehr zwischen Mitgliedern von AFADEM, CPE und Comité EUREKA gibt, fordern letztere jedoch weiterhin die Aufklärung des Schicksals aller Verschwundenen, lehnen eindeutig Reparationszahlungen ab, da sie diese als politisches Machtinstrument des Schweigens betrachten und plädieren kontinuierlich für die juristische Bestrafung der Täter. In diesem Punkt sind sich Comité EUREKA und AFADEM einig, da auch AFADEM juristische Mechanismen gegen die Täter fordert. Für die Angehörigen von CPE steht hingegen die Bestrafung der Täter nicht mehr im Zentrum ihrer Forderungen, nicht jedoch, weil sie dies nicht befürworten würden, sondern vielmehr, da sie meinen, diese Forderungen wären angesichts der bisherigen Gerichtsprozesse und der politischen Machtkonstellationen ohnehin unrealistisch.

Zu Opferhierarchisierungen kam es auch, als einige Angehörige unter der Präsidentschaft von Felipe Calderón (2006-2012) Reparationszahlungen erhielten, andere jedoch nicht (vgl. Damián Rojas 2012). Die Kriterien für den Erhalt oder Nicht-Erhalt war für die Angehörigen jedoch nicht transparent, was zu weiteren Konflikten unter den Angehörigen führte. Im Kontext der Gewalt des »Drogenkrieges« wurden Reparationszahlungen dann auch zu einem Sicherheitsrisiko, das sich besonders deutlich zeigte, als Angehörige von Verschwundenen nach Erhalt von Geldzahlungen bedroht wurden, es zu vereinzelt Entführungen, Lösegelderpressungen und Ermordungen kam. In allen Fällen war es unklar, ob die Täter Mitglieder der organisierten Kriminalität oder (para-)staatliche Akteure waren.<sup>14</sup> Manche Angehörige vermuteten, dass die genannten Ambivalenzen und internen Differenzen gewollte Spaltungsstrategien der Regierung seien, um den organisierten politischen Protest

<sup>14</sup> Gespräche der Autorin mit Don Rubén und Doña Marta, Angehörige von Verschwundenen, 5.8.2012, Atoyac de Alvarez.

der Angehörigen zu schwächen.<sup>15</sup> Darüber hinaus ist eine Kontinuität von Methoden des »Schmutzigen Krieges« im Kontext des aktuellen »Drogenkrieges« und eine damit einhergehende Stärkung der Rolle des Militärs beobachtbar, die eine Aufarbeitung der vergangenen Gewalt wenig aussichtsreich erscheinen lässt. Auf diesen Aspekt soll weiter unten nochmals eingegangen werden.

Diese Auswahl an *Transitional Frictions* machten Dynamiken der Reviktimisierung deutlich. Sie machten den mexikanischen *Transitional-Justice*-Prozess aus der Perspektive der Opfer zu einem Prozess der *Re-Dehumanisierung*, der sich durch Friktionen kennzeichnet. *Re-Dehumanisierung* bedeutet die erneute Dehumanisierung der Opfer durch Friktionen im *Transitional-Justice*-Prozess. Diese Friktionen charakterisieren sich durch eine Kultur der Straflosigkeit; der Weigerung, die Forderungen der Opfer umzusetzen; der nicht existenten Anerkennung der Angehörigen, diese als politische Akteure ernst zu nehmen und der Ablehnung, die Opfer der Vergangenheit zu rehabilitieren. Der *Transitional-Justice*-Prozess blieb bis heute in einer *Phase der Liminalität* verhaftet, die durch die zuvor beschriebenen *Transitional Frictions* charakterisiert wird. Diese *Liminalität von Transitional Justice* ist verantwortlich für eine fortbestehende *Liminalität der Angehörigen*, die trotz Untersuchungskommission und Gerichtsprozessen weiterhin keine Gewissheit über das Schicksal ihrer Verschwundenen haben. Was wären nun aus der Perspektive der Opfer die Bedingungen für eine hypothetische Beendigung des Übergangsritus von *Transitional Justice*? Wie könnte die *Liminalität der Angehörigen* und somit auch die *Liminalität von Transitional Justice* aufgehoben und eine *Phase der Integration* eintreten?

#### 4.4 Phase der Integration: Rehumanisierung?

»Sie sollen uns nicht mehr in der Hoffnung warten lassen. Sie sollen uns sagen, das ist passiert, hier ist er, hier ist er geblieben [...]. Wir wollen die Wahrheit. Welche auch immer die Wahrheit sei!« (Interview der Autorin mit María Felix Reyes, Tochter eines Verschwundenen, 5.9.2010, Atoyac).

»Wenn ich ihn nur beerdigen könnte, wie es üblich ist. Damit wäre ich schon beruhigter« (Interview der Autorin mit Doña Estela, Frau eines Verschwundenen, 25.7.2010, El Quemado).

»Ich fühle, dass ich erst dann beruhigt sein kann, wenn man mir sagt, Apolinar, das ist die Person, die du suchst. Und um mich zum Schweigen zu bringen, [...] will ich Papier in Form einer Sterbeurkunde. [...] Und, in dem sie mir,

15 Interview mit Don Rodrigo, 2.8.2011, Atoyac de Alvarez.

egal in welcher Form, seine Reste übergeben« (Interview der Autorin mit Apolinar Castro Román, 18.9.2009, Atoyac).

Betrachtet man Aussagen von Angehörigen von Verschwundenen, wie die oben zitierten, sind die Bedingungen für eine *Phase der Integration* vor allem die Wahrheit über das Schicksal des/der verschwundenen Angehörigen zu erfahren, sterbliche Überreste zu erhalten, um diese den Totenritualen entsprechend beerdigen zu können und eine Sterbeurkunde ausgestellt zu bekommen. Diese Forderungen hat die mexikanische Regierung bisher nicht erfüllt. Übertragen auf den *Transitional-Justice*-Prozess wäre die letzte *Phase der Integration* – im Sinne des van Genep'schen Übergangsrituals von Separation, Liminalität und Integration – aus der Perspektive der Angehörigen also dann erreicht, wenn die für die Dehumanisierungsprozesse Verantwortlichen (staatliche Akteure), die Anerkennung und Rehumanisierung der Opfer stellvertretend für vergangene staatliche Akteure umsetzen würden. Dies kann natürlich eine konkrete physische Dehumanisierung in Form von Ermordungen nicht rückgängig machen und in vielen Fällen können auch die sterblichen Überreste der Verschwundenen nicht zurückgegeben werden, da sie teils nicht mehr lokalisierbar sind (wie etwa im Fall der Todesflüge über dem Pazifischen Ozean).

Dennoch, für die Opfer würde Rehumanisierung bedeuten: Den Verbleib der Verschwundenen vollständig aufzuklären; das Ausstellen von Sterbeurkunden; die Rückgabe der sterblichen Überreste in jenen Fällen, in denen den Behörden der Verscharrungsort bekannt ist, um wichtige sozio-kulturelle Todesriten durchführen und einen Trauerprozess initiieren zu können; für viele sind es auch Reparationszahlungen nicht nur für die Verschwundenen, sondern auch als Entschädigungen für den erlittenen materiellen Verlust während und nach dem »Schmutzigen Krieg«; nicht zuletzt bedeutet für viele Angehörige auch die Bestrafung der verantwortlichen Täter Anerkennung ihres Leids und daher Rehumanisierung. Nicht alle Angehörigen fordern jedoch eine Bestrafung der Verantwortlichen; für viele sind die Aufklärung des Verbleibs ihrer Verwandten und Entschädigungen zentraler als juristische Prozesse gegen die Täter. So sagte etwa Doña Maria, Tochter eines Verschwundenen:

»Der Mann, der meinen Vater festgenommen hat, war Castro Contreras, Kommandant der Kriminalpolizei in Acapulco. Dieser Mann lebt noch! [...] Er weiß sehr gut, was er gemacht hat und er kann sprechen und er kann sagen, wo all diese Menschen sind! Warum nicht? So wie wir Zeugnis ablegen über unsere Angehörigen, könnte er Zeugnis ablegen über das, was er gemacht hat und die Regierung könnte den Schaden ersetzen, den er verursacht hat. Worauf

warten sie noch?« (Interview der Autorin mit Maria Felix Reyes, Tochter eines Verschwundenen, 5.9.2010, Atoyac).

Bei all diesen Aspekten ist der Heterogenität der Angehörigengruppen und den teils unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, um die Differenzen innerhalb der Opfergruppen anzuerkennen und der Komplexität von Erfahrungen und Bewältigungsstrategien von Gewalt in Postkonfliktgesellschaften gerecht zu werden. Ein weiterer zentraler Aspekt der Rehumanisierung für viele Angehörige ist, den Verschwundenen ihre soziale und politische Rolle im öffentlichen Diskurs wiederzugeben. Wenn also die Verschwundenen nicht länger wie zu Zeiten des »Schmutzigen Krieges« von staatlichen Akteuren in dehumanisierender Terminologie als »Kriminelle« oder »Banditen« bezeichnet werden, sondern als das, was sie für die Angehörigen sowie für viele soziale Bewegungen und Menschenrechtsorganisationen in Mexiko waren: Menschen, die für soziale Gerechtigkeit kämpften, sich der hegemonialen Macht des mexikanischen Staates entgegensetzten, die auf die strukturelle und epistemische Gewalt aufmerksam und die willkürliche und menschenrechtsverletzende Machtausübung lokaler *Kaziken* öffentlich sichtbar machten. Auf die Bedeutung der Rehabilitation der Verschwundenen als *luchadores sociales* (soziale KämpferInnen) weist das Beispiel der Gedenkfeier im Jahr 2014 anlässlich des 100. Geburtstages des Verschwundenen Rosendo Radilla Pacheco in Atoyac hin. Auf einem Transparent hieß es dort: »Rosendo Radilla Pacheco (1914-2014), ehemaliger Bürgermeister, Bauernführer, sozialer Kämpfer und Verschwundener des Schmutzigen Krieges« (zit. nach Valadez Luviano 2014).<sup>16</sup>

Findet die Anerkennung ihrer Forderungen, die Integration ihrer Erinnerungen im kollektiven Gedächtnis und die daraus resultierende Rehumanisierung der Opfer nicht statt, wird die *Liminalität von Transitional Justice* für die meisten der Angehörigen fortbestehen. Die Umsetzung ihrer Forderungen wird unter anderem durch eine weitere Friktion erschwert, die auch dazu beiträgt, dass die *Liminalität von Transitional Justice* eine Kontinuität erfährt: die machtpolitischen Konstellationen und der erneute Einsatz staatsterroristischer Methoden wie dem gewaltsamen Verschwindenlassen im derzeitigen »Krieg gegen Drogen«. Dieser Konflikt soll im Folgenden kurz skizziert werden, um zu zeigen, dass die Methoden des »Schmutzigen Krieges« in Mexiko keineswegs nur in der Vergangenheit eingesetzt wurden.

16 »Rosendo Radilla Pacheco (1914-2014), ex alcalde, líder campesino, luchador social y desaparecido en la guerra sucia« (zit. nach Valadez Luviano 2014).

## 5. Der Konflikt im Postkonflikt: Gewaltames Verschwindenlassen im Kontext des »Krieges gegen Drogen«

Im Kontext des »Krieges gegen Drogen« lassen die erneut eingesetzten staatsterroristischen Praktiken eine Aufarbeitung der Verbrechen der Vergangenheit wenig aussichtsreich erscheinen. Seit Präsident Felipe Calderón (2006-2012) im Jahr 2006 den Drogenkartellen den Krieg erklärte und das Militär aussandte, um diese zu bekämpfen und der derzeitige Präsident Enrique Peña Nieto (seit 2012) diese Politik fortführte, forderte dieser Konflikt eine hohe Zahl an Opfern von Ermordungen, Folter und Verschwindenlassen. Die genaue Zahl der Opfer ist nicht eindeutig und Angaben variieren, aber das mexikanische Statistikinstitut spricht von 121.683 Toden von 2006 bis Juli 2013 (Proceso 2013) und die Bundesregierung von 26.611 Fällen von Verschwundenen von 2006 bis August 2014 (Amnesty International 2014/2015). Angesichts der Tatsache, dass die Gewalt- und Kriminalitätsrate im Jahr 2006 trotz der bereits jahrzehntelangen Präsenz von Drogenkartellen eine der niedrigsten in der mexikanischen Geschichte war, erscheint die Kritik an Calderóns Strategie berechtigt. Seine Strategie, Drogenkartelle mit militärischen Mitteln zu bekämpfen, erscheint vielen KritikerInnen als wenig zielführend und höchst ambivalent, da durch die Militarisierung des Konfliktes die Opferzahlen drastisch steigen und sich durch die Fragmentierung sowie Neustrukturierung der Kartelle neue Konfliktlinien entwickeln, die vermehrt Gewalttaten auch innerhalb der und zwischen den Drogenkartellen zur Folge haben (vgl. Aguilar/Castañeda 2012).

Aus *testimonios* von Angehörigen von Verschwundenen der Vergangenheit geht hervor, dass viele Opfer aus dem »Schmutzigen Krieg« heute wieder eine ähnliche Situation der Angst und des Terrors erleben, in der jedoch die Zugehörigkeit der Gewaltakteure weitaus komplexer ist: direkte Gewalt geht nun auch von Mitgliedern der Drogenkartelle aus, aber auch von Militär, Polizei und paramilitärischen Gruppen, die gegen politische Oppositionelle vorgehen. Es gibt strukturelle Parallelen zwischen der Praxis der Aufstandsbekämpfung sowie des Verschwindenlassens im »Schmutzigen Krieg« der Vergangenheit und Praktiken im sogenannten »Drogenkrieg«. So stehen Mitglieder der Drogenkartelle im Dienste des Staates, um politische Aufstandsbekämpfung zu betreiben. Es gibt Aussagen und Quellen, die zeigen, dass – sowohl in den 1960er und 1970er Jahren als auch heute – Mitglieder der organisierten Kriminalität für paramilitärische Zwecke eingesetzt werden und politische Oppositionelle ermorden (vgl. Osorno 2009; Beith 2010). Wenngleich eine hohe Zahl an Ermordeten und Verschwundenen Verbrechen sind, in denen sowohl die Opfer als auch die Täter im Zusammenhang mit Drogenkartellen stehen und die Terrorstrategien sowie die Gewalt der Kartelle andere Motive als politische

Hintergründe haben, ist dennoch ein Teil der Gewaltopfer im Kontext politischer Aufstandsbekämpfung unter Beteiligung staatlicher Akteure anzusiedeln. Kann man also von einer Kontinuität eines »Schmutzigen Krieges« von den 1960er Jahren bis in die Gegenwart sprechen?

Die Ereignisse vom 26. September 2014 sind ein Beispiel dafür, dass es eine Kontinuität von politischer Aufstandsbekämpfung gibt. An diesem Tag wurden bei einer Demonstration von Studierenden in der Stadt Iguala, im Bundesstaat Guerrero, sechs Menschen ermordet und 43 Studierende von den lokalen Polizeikräften entführt. Die Studierenden galten als Angehörige einer linksgerichteten politisierten Gruppe der Pädagogischen Hochschule von Ayotzinapa – eine Hochschule, die bereits zu Zeiten des »Schmutzigen Krieges« der Vergangenheit im Visier der Bundesregierung stand. So studierten etwa in den 1950er Jahren auch die späteren Guerilla-Anführer Lucio Cabañas und Génaro Vázquez dort und es wurden immer wieder Proteste gegen die Regierung in diesem Lehrerseminar organisiert.

Die Untersuchungen der Bundesregierung im Fall Ayotzinapa ergaben, dass die verschleppten Studierenden von den lokalen Polizeikräften an eine Gruppe eines lokalen Drogenkartells übergeben wurden (*Guerreros Unidos*), welche die Studierenden ermordet und in einer Müllhalde verbrannt hätten. Demgegenüber stehen jedoch unabhängige Untersuchungen eines Expertenteams der Nationalen Universität, die keine Spuren von Verbrennungen von Leichen in der genannten Müllhalde fanden (Rosagel 2014; Turati 2014). Einige Eltern der verschwundenen Studierenden fordern den Zutritt zu den Militärlagern, da es auch Hinweise gibt, dass das Militär an der Verschleppung beteiligt gewesen sein könnte (Proceso 2015). Die Bundesregierung hat die Untersuchungen mittlerweile jedoch eingestellt, nachdem bis April 2015 64 Gemeindepolizisten, 41 Mitglieder der *Guerrero Unidos* und das Bürgermeisterhepaar von Iguala festgenommen wurden (Flores Martínez 2015). Welche der kursierenden Versionen sich letztendlich als die Wahrheit herausstellen wird, bleibt abzuwarten. Was die Aufarbeitung der Fälle der Verschwundenen der Vergangenheit und der Gegenwart jedoch erschwert, ist, dass im Kontext des »Krieges gegen Drogen« dem Militär erneut eine bedeutsame Rolle für die nationale Sicherheit und in der Bekämpfung sowohl der organisierten Kriminalität, aber unter diesem Deckmantel, auch in der Bekämpfung politischer Oppositioneller zuerkannt wurde. Die Kontinuität »Schmutziger Kriege«, die in Mexiko eine lange, aber wenig sichtbare politische Tradition staatlicher Praxis haben, ist auch im Kontext des »Drogenkrieges« allgegenwärtig. Die VN-Arbeitsgruppe über gewaltsames und unfreiwilliges Verschwindenlassen forderte bei zwei Besuchen Mexikos im Jahr 2011 (OHCHR 2011 b) und 2014 (Díaz 2014) die mexikanische Regierung auf, Menschenrechtsverletzungen, wie extralegale Hinrichtungen, Folter und Ver-

schwindenlassen, die von Mitgliedern der Polizei und der Streitkräfte durchgeführt wurden, aufzuklären. Die mexikanische Regierung nimmt diese Empfehlungen – so wie auch in der Vergangenheit – auf und beteuert stets ihren politischen Willen zur Aufklärung aller Menschenrechtsverletzungen und die selbstverständliche Kollaboration mit nationalen und internationalen (Menschenrechts-)Institutionen. Reale Maßnahmen folgen aber kaum, wie Menschenrechts- und Opferorganisationen kritisieren (vgl. Fundar et al. 2014; Sicilia 2011).

Indessen haben sich in den letzten Jahren zahlreiche neue Organisationen von Angehörigen von Verschwundenen gebildet und mit einigen Angehörigenorganisationen der Vergangenheit vernetzt. Sie führen einen neuen *Kampf um Rehumanisierung* der dehumanisierten Toten und Verschwundenen, die im öffentlichen staatlichen Diskurs allesamt als, die nationale Sicherheit bedrohende, »Kriminelle« bezeichnet werden. Obgleich, wie erwähnt, zahlreiche Opfer im Zusammenhang mit Drogenkartellen zu sehen sind, wenden sich die Angehörigen der Verschwundenen gegen diesen Kriminalisierungskurs und kritisieren die fehlende Bereitschaft der staatlichen Behörden, die Verbrechen zu untersuchen. So sagte eine Mutter eines Verschwundenen:

»Sie haben ihn entführt und niemand sagt mir, wohin sie ihn gebracht haben. Sie haben ihn verschwinden lassen! Und ich bin sicher, dass er nichts mit den *narcos* [Drogenhändler] zu tun hat« (Aussage von Teresa, Mutter eines Verschwundenen, auf einer Versammlung des *Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad*, 22.8.2012, Mexiko-Stadt).

Der vermeintliche »Krieg gegen Drogen« bietet einen perfekten Deckmantel für staatliche Akteure, die politische Opposition unter weitgehender Straflosigkeit zu eliminieren. Diese Tatsache wurde angesichts der Ereignisse rund um die verschwundenen Studierenden von Ayotzinapa deutlich sichtbar und lässt auch die Aufklärung der Verschwundenen der Vergangenheit in weite Ferne rücken. Der »Krieg gegen Drogen« zeigt die Kontinuität des Einsatzes staatsterroristischer Methoden aus der Zeit des »Schmutzigen Krieges«. Dieser »neue« »Schmutzige Krieg« ist ein weiterer Aspekt der *Transitional Frictions*, welche die *Liminalität von Transitional Justice* charakterisieren.

## 6. Fazit: Transitional Frictions statt Transitional Justice, Re-Dehumanisierung statt Rehumanisierung

Der Beitrag ging der Frage nach, wie das ritualtheoretische Konzept der Übergangsriten einerseits auf die Opfer gewaltsamen Verschwindenlassens angewendet

und andererseits mit dem *Transitional-Justice*-Prozess in Beziehung gebracht werden kann. In der Verwendung des Konzeptes der *Liminalität* – der Schwellenphase in Übergangsriten – und jenes der *Transitional Frictions* wurde diese Verbindung hergestellt und gezeigt, dass diese in der Analyse von *Transitional-Justice*-Prozessen durchaus hilfreich sein können. Zum einen um die Wahrnehmung der Opfer von Gewalt auf diese Prozesse zu beleuchten und zum anderen um die Bedingungen für Erfolg oder Misserfolg von *Transitional Justice* aus der Sichtweise der betroffenen Bevölkerung sichtbar zu machen. Im mexikanischen Fall konnte gezeigt werden, dass auf die *Phase der Separation*, die von unterschiedlichen Dimensionen der *Dehumanisierung* geprägt ist, eine *Phase der Liminalität* folgte, die mit einer Transformation der Angehörigen in politisch Handelnde einherging und in der auch der Beginn eines *Transitional-Justice*-Prozesses eingefordert wurde. Die Ambivalenzen und Konflikte im *Transitional-Justice*-Prozess, ausgelöst durch diverse machtpolitische Konstellationen, können mit dem Konzept der *Transitional Frictions* erfasst werden. Durch diese *Transitional Frictions* kam es aus der Perspektive der Angehörigen nicht zu der erhofften *Rehumanisierung*, sondern vielmehr zu einer *Re-Dehumanisierung* der Opfer – sowohl der Angehörigen als auch der Verschwundenen. Die Erkenntnis, dass der Aufarbeitungsprozess also für die Angehörigen als *Re-Dehumanisierung* wahrgenommen wurde und sie sich daher weiterhin in einer *Phase der Liminalität* befinden, lässt also die Annahme zu, dass dies auch für den *Transitional-Justice*-Prozess eine Kontinuität der *Phase der Liminalität* bedeutet. *Transitional Justice* ist also ein fragmentierter Übergangsritus. Die Betrachtung von *Transitional Justice* als Versuch eines Übergangsritus ermöglicht es, diese Prozesse dahingehend zu analysieren, wann und unter welchen Bedingungen für die Opfer die *Phase der Liminalität* überwunden und eine *Phase der Integration* mit der Rehumanisierung der Opfer potenziell beginnen kann.

Die *Präsenz der Abwesenheit* – so der Titel des Beitrags – spricht in diesem Kontext zwei Aspekte an: einerseits auf einer sozialen Mikroebene, die kontinuierliche Präsenz physisch abwesender, verschwundener Menschen in der Lebenswelt der Angehörigen. Und andererseits in einem politischen Kontext und auf der Makroebene, die kontinuierliche Präsenz der Forderung, die Verbrechen der Vergangenheit im öffentlichen Raum sichtbar zu machen und deren Aufarbeitung einzuklagen. *Präsenz der Abwesenheit* ist also zum einen Ausdruck der Erfahrungen und Wirkungen der Gewaltpraxis des gewaltsamen Verschwindenlassens von Menschen. Zum anderen ist sie Ausdruck der politischen Praxis der Opfer, denn die *Präsenz der Abwesenheit* führt in die *Phase der Liminalität*, aus welcher der *Kampf um Rehumanisierung* der Verschwundenen entsteht.

In der Analyse des mexikanischen Falles wurde deutlich, dass die Angehörigen der Verschwundenen eine der wichtigsten Gruppen der Gegen-Erinnerung und als solche zentrale Akteure in der Herausforderung staatlicher Legitimationsnarrative hinsichtlich des Einsatzes staatsterroristischer Methoden in der Vergangenheit und der Gegenwart sind. Ihr *Kampf um Rehumanisierung* ist es, der den gewaltsam Verschwundenen eine erneute Inklusion in die Gesellschaft ermöglichen soll. Durch ihren Protest machen sie zudem kontinuierlich eben jene strukturelle, epistemische und direkte Gewalt sichtbar, welche die mexikanischen Regierungen bis heute negieren. Eine Anerkennung dieser Tatsachen und eine Re-Integration der Verschwundenen (tot oder lebendig) in das soziale Gefüge könnte Dehumanisierungsprozesse für die Opfer symbolisch rückgängig machen und die *Liminalität der Angehörigen* der Verschwundenen und somit auch die *Liminalität von Transitional Justice* beenden.

## Literatur

- Abélès, Marc* 1988: Modern Political Ritual. Ethnography of an Inauguration and a Pilgrimage by President Mitterrand, in: *Current Anthropology* 29: 3, 391-404.
- Acosta, Mariclaire/Ennelin, Esa* 2006: The »Mexican Solution« to Transitional Justice, in: Roht-Arriaza, Naomi/Mariezcurrena, Javier (Hrsg.): *Transitional Justice in the Twenty-First Century. Beyond Truth versus Justice*, Cambridge, 94-119.
- Afflito, Frank M./Jesilow, Paul* 2007: *The Quiet Revolutionaries. Seeking Justice in Guatemala*, Austin, TX.
- Aguayo Quezada, Sergio/Treviño Rangel, Javier/Pallais, Maria* 2006: Neither Truth nor Justice. Mexico's De Facto Amnesty, in: *Latin American Perspectives* 33: 2, 56-68.
- Aguayo Quezada, Sergio/Treviño Rangel, Javier* 2007: Fox y el Pasado. La Anatomía de una Capitulación, in: *Foro Internacional XLVII*: 4, 709-739.
- Aguilar, Rubén/Castañeda, Jorge* 2012: *Los Saldos del Narco. El Fracaso de una Guerra*, Mexiko-Stadt.
- Amnesty International* 2014/2015: Annual Report. Mexico, in: <https://www.amnesty.org/en/countries/americas/mexico/report-mexico>; 29.5.2015.
- Antillón Najlis, Ximena* 2008: La desaparición forzada de Rosendo Radilla en Atoyac de Álvarez, informe de Afectación Psicosocial (Comisión Mexicana de Defensa y Promoción de los Derechos Humanos, A. C.), Mexiko-Stadt.

- Barrera Hernández, Abel/Sarmiento, Sergio* 2006: De la montaña roja a la policía comunitaria. Violencia y militarización en la montaña de Guerrero, in: Oikión Solano, Verónica/García Ugarte, Marta Eugenia (Hrsg.): Movimientos armados en Mexico, siglo XX (CIESAS), Mexiko-Stadt, 657-707.
- Bartra, Armando* 2000 [1996]: Guerrero Bronco. Campesinos, ciudadanos y guerrilleros en la Costa Grande, Mexiko-Stadt.
- Beith, Malcolm* 2010: The Last Narco, inside the Hunt for El Chapo, the World's Most Wanted Drug Lord, London.
- Bergesen, Albert* 2008 [1984]: Politische Hexenjagd als Ritual, in: Belliger, Andréa/Krieger, David J. (Hrsg.): Ritualtheorien. Ein einführendes Handbuch, Wiesbaden, 263-281.
- Bonfil Batalla, Guillermo* 1987: México Profundo. Una civilización negada, Mexiko-Stadt.
- Brunner, Claudia* 2011: Wissensobjekt Selbstmordattentat. Epistemische Gewalt und okzidentalistische Selbstvergewisserung in der Terrorismusforschung, Wiesbaden.
- Buckley-Zistel, Susanne/Koloma Beck, Teresa/Braun, Christian/Mieth, Friederike* (Hrsg.) 2014: Transitional Justice Theories, Abington.
- Calloni, Stella* 2001: Operación Condor. Pacto Criminal, Mexiko-Stadt.
- Castellanos, Laura* 2007: México Armado 1943-1981, Mexiko-Stadt.
- Castillo García, Gustavo* 2003: *Operación Telaraña*, estrategia del gobierno contra Lucio Cabañas, (La Jornada, 21.12.2003), in: <http://www.jornada.unam.mx/2003/12/21/012n1pol.php?printver=1&fly=1>; 15.9.2015.
- Chevalier-Watts, Juliet* 2010: The Phemonena of Enforced Disappearance in Turkey and Chechnya. Strasbourg's Noble Cause?, in: Human Rights Review 11, 469-489.
- Climo, Jacob J./Catell, Maria G.* (Hrsg.) 2002: Social Memory and History. Anthropological Perspectives, New York, NY.
- CNDH – Comisión Nacional de los Derechos Humanos* 2001: Informe Especial sobre las Quejas en Materia de Desapariciones Forzadas Ocurridas en la Década de los 70 y Principios de los 80, in: [http://www.cndh.org.mx/Informes\\_Especiales](http://www.cndh.org.mx/Informes_Especiales); 29.5.2015.
- Comité 68* 2008: Informe Histórico presentado a la sociedad mexicana: Fiscalía especial FEMOSPP (Serie: México: Genocidio y delitos de lesa humanidad. Documentos fundamentales 1968-2008, Tomo IX), Mexiko-Stadt.

- Damián Rojas, Julio César* 2012: Buscan afectados por la »Guerra Sucia« más que una gratificación (Novedades Acapulco, 27.9.2012), in: <http://www.novedades-acapulco.mx/la-costa/buscan-afectados-por-guerra-sucia-mas-que-una-gratificacion>; 3.9.2015.
- Das, Veena/Kleinmann, Arthur/Lock, Margaret/Ramphela, Mamphela/Reynolds, Pamela* (Hrsg.) 2001: *Remaking a World. Violence, Social Suffering, and Recovery*, Berkeley, CA.
- Davies, Douglas James* 2002: *Death, Ritual and Belief. The Rhetoric of Funerary Rites*, London.
- Díaz, Gloria Leticia* 2008: Un fiasco, las exhumaciones en Guerrero (Proceso, 9.8.2008), in: [http://hemeroteca.proceso.com.mx/?page\\_id=278958&a51dc26366d99bb5fa29cea4747565fec=89683&rl=wh](http://hemeroteca.proceso.com.mx/?page_id=278958&a51dc26366d99bb5fa29cea4747565fec=89683&rl=wh); 3.9.2015.
- Díaz, Gloria Leticia* 2014: Llama ONU a garantizar derecho a la justicia a familiares de desaparecidos (Proceso, 27.8.2014), in: <http://www.proceso.com.mx/380640/2014/08/27/llama-onu-a-garantizar-derecho-a-la-justicia-a-familiares-de-desaparecidos>; 3.9.2015.
- Ferrándiz, Francisco* 2009: Fosas comunes, paisajes el terror, in: *Revista de Dialectología y Tradiciones Populares LXIV*: 1, 61-94.
- Fentress, James/Wickham, Chris* 1992: *Social Memory*, Oxford.
- FEMOSPP – Fiscalía Especializada para Movimientos Sociales y Políticos del Pasado* 2006: Informe Documenta sobre 18 años de »Guerra Sucia« en México (Bericht der FEMOSPP), in: <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB180/index2.htm>; 29.5.2015, unv. Ms.
- Flores Martínez, Raúl* 2015: Cae otro implicado en el caso Ayotzinapa (Excelsior, 12.4.2015), in: <http://www.excelsior.com.mx/nacional/2015/04/12/1018211>; 29.5.2015.
- Fundar/MPJD/Serapaz* 2014: Presentación de información en el marco de la adopción de la lista de cuestiones de la Séptima Sesión del Comité Contra las Desapariciones Forzadas (15.-26. September 2014), in: [http://www.fundar.org.mx/mexico/pdf/Informe%20Final%20CED\\_MEXICO\\_fundar\\_serapaz\\_mpjd.pdf](http://www.fundar.org.mx/mexico/pdf/Informe%20Final%20CED_MEXICO_fundar_serapaz_mpjd.pdf); 29.5.2015.
- Galtung, Johan* 1975: *Strukturelle Gewalt*, Reinbek.
- Gamiño Muñoz, Rodrigo* 2008: Análisis del movimiento armado en México en la década de 1970 a través de la prensa. El caso de la Liga comunista 23 de septiembre (1973-1979), Mexiko-Stadt.
- Gennep, Arnold van* 2005 [1909]: *Übergangsriten*, Frankfurt a.M.
- Gómez-Barris, Macarena* 2009: *Where Memory Dwells. Culture and State Violence in Chile*, Berkeley, CA.

- Gruchmann, Lothar* 1981: »Nacht- und Nebel«-Justiz. Die Mitwirkung deutscher Strafgerichte an der Bekämpfung des Widerstands in den besetzten westeuropäischen Ländern 1942-1944, in: Vierteljahresheft für Zeitgeschichte 29: 3, 342-396.
- Halpern, Jodi/Weinstein, Harvey M.* 2004: Rehumanizing the Other. Empathy and Reconciliation, in: Human Rights Quarterly 26: 3, 561-583.
- Hamill, Hugh* (Hrsg.) 1992: Caudillos. Dictators in Spanish America, Norman, OK.
- Haslam, Nick* 2006: Dehumanization. An Integrative Review, in: Personality and Social Psychology Review 10: 3, 252-264.
- Hinton, Alexander Laban* (Hrsg.) 2010: Transitional Justice. Global Mechanisms and Local Realities after Genocide and Mass Violence, New Brunswick, NJ.
- Karl, Sylvia* 2014: Kampf um Rehumanisierung. Die Verschwundenen des Schmutzigen Krieges in Mexiko, Bielefeld.
- Katz, Friedrich* 1990: Revuelta, Rebelión y Revolución. La lucha rural en México del siglo XVI al siglo XX, Mexiko-Stadt.
- Katz, Friedrich* 2006: La Guerra Fría en América Latina y sus particularidades en México, in: ders. (Hrsg.): Nuevos ensayos mexicanos, Mexiko-Stadt, 455-473.
- Kertzer, David* 1989: Ritual, Politics, and Power, New Haven, CT.
- Klesner, Joseph L.* 2001: The End of Mexico's One-Party Regime, in: Political Science and Politics 34: 1, 107-114.
- Knight, Alan/Pansters, Will* 2005: Caciquismo in Twentieth-century Mexico, London.
- Konieczny, Alfred* 1993: Der Nacht und Nebel Befehl Hitlers, in: DIZ Nachrichten 16, 56-68.
- Kovras, Iosif/Loizides, Neophytos* 2009: Delaying Truth Recovery for Missing Persons, in: Nations and Nationalism 17: 3, 1-20.
- Krauze, Enrique* 1994: Siglo de Caudillos. Biografía política de México (1810-1910), Mexiko-Stadt.
- Lang, Johannes* 2010: Questioning Dehumanization. Intersubjective Dimensions of Violence in the Nazi Concentration and Death Camps, in: Holocaust and Genocide Studies 24: 2, 225-246.
- Langston, Joy* 2002: Breaking Hard is Hard to Do. Exit, Voice, and Loyalty in Mexico's One-Party Hegemonic Regime, in: Latin American Politics and Society 44: 3, 61-88.
- McCrary, Susan* 2007: The International Convention for the Protection of all Persons from Enforced Disappearance, in: Human Rights Law Review 7: 3, 545-566.
- Montemayor, Carlos* 2007: La Guerrilla Recurrente, Mexiko-Stadt.

- Montemayor, Carlos* 2010: La Violencia de Estado en México. Antes y después de 1968, Mexiko-Stadt.
- Oelofsen, Rianna* 2009: De- and Rehumanization in the Wake of Atrocities, in: *South African Journal of Philosophy* 28: 2, 178-188.
- Oettler, Anika* 2004: Erinnerungsrbeit und Vergangenheitspolitik in Guatemala (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde Hamburg, Bd. 60), Frankfurt a.M.
- Oettler, Anika* 2014: The Scope and Selectivity of Comparative Area Studies: Transitional Justice Research (GIGA Working Papers 246/2014), Hamburg.
- Oikión Solano, Verónica/García Ugarte, Marta Eugenia* (Hrsg.) 2006: Movimientos armados en México, Siglo XX (CIESAS), Mexiko-Stadt.
- OHCHR – Office of the High Commissioner for Human Rights* o. J.: Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances, in: <http://www.ohchr.org/EN/Issues/Disappearances/Pages/DisappearancesIndex.aspx>; 29.5.2015.
- OHCHR* 2011 a: Report of the Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances. Mission to Mexico (A/HRC/19/58/Add.2, 20.12.2011), in: [http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/RegularSession/Session19/A-HRC-19-58-Add2\\_en.pdf](http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/HRCouncil/RegularSession/Session19/A-HRC-19-58-Add2_en.pdf); 29.5.2015.
- OHCHR* 2011 b: United Nations Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances includes visit to Mexico, in: <http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=10907&LangID=E>; 29.5.2015.
- OHCHR* 2014: Report of the Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances (A/HRC/27/49, 4.12.2014), in: <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UN-DOC/GEN/G14/099/81/PDF/G1409981.pdf?OpenElement>; 4.8.2015.
- Orentlicher, Diane* 2007: »Settling Accounts« Revisited. Reconciling Global Norms with Local Agency, in: *The International Journal of Transitional Justice* 1: 1, 10-22.
- Osorno, Diego Enrique* 2009: El cártel de Sinaloa. Una historia del uso político del narco, Mexiko-Stadt.
- Pansters, Will* 1999: The Transition under Fire. Rethinking Contemporary Mexican Politics, in: Koonings, Kees/Kruijt, Dirk (Hrsg.): *Societies of Fear. The Legacy of Civil War, Violence and Terror in Latin America*, London, 235-263.
- Proceso* 2013: Más de 121 mil muertos, el saldo de la narcoguerra de Calderón: Inegi (3.8.2013), in: <http://www.proceso.com.mx/?p=348816>; 29.5.2015.
- Proceso* 2015: Buscaremos en todos los cuarteles del país. vocero de padres de normalistas (14.1.2015), in: <http://www.proceso.com.mx/?p=393016>; 29.5.2015.

- Rangel Lozano, Claudia/Sánchez Serrano, Evangelina* 2006: La guerra sucia en los setenta y las guerrillas de Genaro Vázquez y Lucio Cabañas en Guerrero, in: Oikión Solano, Verónica/García Ugarte, Marta Eugenia (Hrsg.): Movimientos armados en México, Siglo XX (CIESAS), Mexiko-Stadt, 495-525.
- Rangel Lozano, Claudia* 2011: La voz de los sobrevivientes. La cárceles clandestinas en Guerrero, México: una radiografía, 1969-1979, in: O público e o privado 18, 75-92.
- Robben, Antonius* (Hrsg.) 2004: Death, Mourning, and Burial. A Cross-Cultural Reader, Malden, MA.
- Robben, Antonius* 2005: Political Violence and Trauma in Argentina, Philadelphia, PA.
- Robins, Simon* 2011: Towards Victim-Centred Transitional Justice. Understanding the Needs of Families of the Disappeared in Postconflict Nepal, in: The International Journal of Transitional Justice 5: 1, 75-98.
- Rodríguez, Roberto* 2000: Forgiveness as Part of the Rehumanization Process, in: Peace Review. A Journal of Social Justice 12: 2, 325-328.
- Roniger, Luis* 1987: Caciquismo and Coronelismo: Contextual Dimensions of Patron Brokerage in Mexico and Brazil, in: Latin American Research Review 22: 2, 71-99.
- Rosagel, Sheila* 2014: Científicos de la UNAM. No los quemaron en el basurero, el gobierno está en problemas (Sin Embargo, 11.12.2014), in: <http://www.sinembargo.mx/11-12-2014/1190680>; 4.8.2015.
- Rozema, Ralph* 2011: Forced Disappearance in an Era of Globalization. Biopolitics, Shadow Networks, and Imagined Worlds, in: American Anthropologist 113: 4, 582-593.
- Sant Cassia, Paul* 2007: Bodies of Evidence. Burial, Memory and the Recovery of Missing Persons in Cyprus, Oxford.
- Scovazzi, Tullio/Citroni, Gabriella* 2007: The Struggle against Enforced Disappearance and the 2007 United Nations Convention, Leiden.
- Shaw, Rosalind/Waldorf, Lars* (Hrsg.) 2010: Localizing Transitional Justice. Interventions and Priorities After Mass Violence, Stanford, CA.
- Shelly, Louise* 2001: Corruption and Organized Crime in Mexico in the Post-PRI Transition, in: Journal of Contemporary Criminal Justice 17: 3, 213-231.
- Sicilia, Javier* 2011: Estamos hasta la madre, Mexiko-Stadt.
- Sluka, Jeffrey* (Hrsg.) 2000: Death Squads. The Anthropology of State Terror, Philadelphia, PA.
- Slyomovics, Susan* 2003: No Buying off the Past. Moroccan Indemnities and the Opposition, in: Middle East Report 229, 34-37.

- Spivak, Gayatri Chakravorty* 1988: Can the Subaltern Speak?, in: Nelson, Cary/Grossberg, Lawrence (Hrsg.): *Marxism and the Interpretation of Culture*, Urbana, 271-313.
- Teitel, Ruti* 2003: Transitional Justice Genealogy, in: *Harvard Human Rights Journal* 16, 69-94.
- Tileagã, Cristian* 2007: Ideologies of Moral Exclusion. A Critical Discursive Reframing of Depersonalization, Delegitimization and Dehumanization, in: *The British Journal of Social Psychology* 46: 4, 717-737.
- Tsing, Anna L.* 2005: *Friction. An Ethnography of Global Connection*, Princeton, NJ.
- Turati, Marcela* 2014: Los hechos vuelven ceniza la versión de la PGR (Proceso, 16.11.2014), in: <http://www.proceso.com.mx/387863/2014/11/15/los-hechos-vuelven-ceniza-la-version-de-la-pgr/d>; 3.9.2015.
- Turner, Victor* 1967: Betwixt and Between. The Liminal Period in Rites of Passage, in: ders. (Hrsg.): *The Forest of Symbols. Aspects of Ndembu Ritual*, Ithaka, 93-111.
- Turner, Victor* 1982 [1969]: *Das Ritual. Struktur und Anti-Struktur*, Frankfurt a.M.
- Valadez Luviano, Rodolfo* 2014: Celebran deudos 100 años del nacimiento de Rosendo Radilla, in: *La Jornada Guerrero*, 1.3.2014.

## Die Autorin

Dr. Sylvia Karl ist assoziierte Forscherin am Fachgebiet Kultur- und Sozialanthropologie, Philipps-Universität Marburg.

E-Mail: [sylvia.karl@uni-marburg.de](mailto:sylvia.karl@uni-marburg.de)